

50. Sitzung

**Die Metropolenregion
Berlin-Brandenburg
in Europa**

01./ 02. September 1995

Dokumentation 50. Sitzung STADTFORUM

01./02. September 1995

Inhaltsverzeichnis

Seite 1 - 19	Protokoll der Sitzung (Horst Moritz)
Seite 19 - 20	Zusammenfassung des Moderators (Rudolf Schäfer)
	Die Beiträge
Seite 23 - 25	Ulrich Pfeiffer Leitgedanken der Lenkungsgruppe
Seite 26 - 27	Janusz Reiter Was erwartet der östliche Nachbar von Berlin?
Seite 28 - 35	Manfred Sinz Europäische Einflüsse auf die Position Berlins
Seite 37	Hartmut Schröder Perspektiven von Kultur und Wissenschaft für die polnisch-deutsche Nachbarschaft - Das Beispiel der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Seite 38	Wolf-Dieter Heilmeyer Berlin - Eckpfeiler oder Schaufenster der klassischen Kultur?
Seite 39	Programm der 50. Sitzung

Protokoll der 50. Sitzung des Stadtforums

Thema: **Die Metropolenregion Berlin-Brandenburg in Europa**

Ort: Wallstraße 23/34 (1. Hof rechts, 1. Stock)
10179 Berlin-Mitte

Zeit:	01. 09. 1995	Beginn:	14.10 Uhr
		Ende:	18.00 Uhr
	02. 09. 1995	Beginn:	10.10 Uhr
		Ende:	15.20 Uhr

Anwesend:	02. 09. 1995	ca. 180 Personen
	02. 09. 1995	ca. 90 Personen

01. 09. 1995

Ulrich Pfeiffer (Lenkungsgruppe)
Leitgedanken der Lenkungsgruppe

Seite 3

Die europäische Kompetenz der Region Berlin-Brandenburg
Burkhard Dreher (Minister für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie des Landes Brandenburg) und Elmar Pieroth
(Senator für Finanzen des Landes Berlin) im Gespräch mit
Ulrich Pfeiffer

Seite 3

Diskussion

Seite 3

Janusz Reiter (Botschafter der Republik Polen in der
Bundesrepublik Deutschland)

Was erwartet der östliche Nachbar von Berlin?

Seite 7

Diskussion

Seite 8

02. 09. 1995

Zwischenresümee des Moderators

Seite 10

Manfred Sinz (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde
und Raumordnung, Bonn/Berlin)

Europäische Einflüsse auf die Position Berlins

Seite 11

Diskussion

Seite 11

Wolf-Dieter Heilmeyer

(Staatliche Museen zu Berlin, Antikensammlung)

Berlin - Eckpfeiler oder Schaufenster der klassischen Kultur?

Seite 15

Hartmut Schröder

(Prorektor Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder))

Perspektiven von Kultur und Wissenschaft für
die polnisch-deutsche Nachbarschaft - Das Beispiel der
Europa-Universität Viadrina

Seite 15

Diskussion

Seite 16

Zusammenfassung des Moderators

Seite 19

BERLIN

STADTFORUM

01. 09. 1995

Ulrich Pfeiffer

Leitgedanken der Lenkungsgruppe

Berlin im Jahre 1995 hat eine zu schmale wirtschaftliche Basis, wird ohne Zuwanderung an Bevölkerung verlieren und liegt als größte Stadt Deutschlands im ärmsten und dünn besiedeltsten Teil Deutschlands. Kulturell reichen seine Potenzen kaum aus, um den Ansprüchen einer großen Hauptstadt zu entsprechen. Angesichts dieser Ausgangslage muß u. a. gefragt werden, ob die richtigen Perspektiven formuliert und die richtigen Weichen gestellt wurden. Da die schwindsüchtige demographische Basis der Stadt und ihre Überalterung die größten Hindernisse auf dem Weg zu einer Metropole sind, braucht Berlin Zuwanderung auch aus dem Ausland, was ein Klima von Offenheit voraussetzt. Die Region braucht eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung, getragen von leistungsfähigen Organisationen. Standortvorteile sind u. a. riesige Expansionsmöglichkeiten für das Gewerbe im Umland, preiswertes Bauland, ein hohes Angebot an jungen qualifizierten Berufstätigen und zahlreiche Forschungseinrichtungen. Allein schon aus dem Umzug der Regierung wird Berlin mehr politisches Gewicht erhalten und damit auch mehr Aufmerksamkeit erfahren.

Die europäische Kompetenz der Region Berlin-Brandenburg

Burkhard Dreher und Elmar Pieroth im Gespräch mit Ulrich Pfeiffer

Diskussion

Elmar Pieroth verwies in seinem einleitenden Beitrag darauf, daß die **Berliner Wirtschaft** in den letzten Jahren ein geringeres Wachstum des Sozialproduktes hatte als die alten Bundesländer. Ein Abzug von Unternehmen aus Berlin sei festzustellen. Dieser Prozeß dauere schon 60 Jahre an und habe den unternehmerischen Antrieb in der Stadt geschwächt. Visionen über die Wirtschaft seien nicht so notwendig, vielmehr müsse man wissen, welche Wirtschaftspolitik der Stadt gut tue. Sei man von ihr überzeugt, dann könne die Politik sie formulieren und propagieren, um Menschen zu motivieren. Die wirtschaftliche Tätigkeit für Berlin müsse stärker in Berlin erfolgen. Die Berliner Nachfrage sollte in einem hohem Maße durch Berliner Unternehmen befriedigt werden, was derzeit nur bedingt möglich sein dürfte. In den nächsten zehn Jahren betrage die **Investitionsnachfrage** in Berlin 200 Mrd. DM. Wichtig sei es, für diese Investitionen die nötige Transparenz herzustellen, sie für die einzelnen Branchen zu konkretisieren, so daß sich die Berliner Wirtschaft auf diese Nachfrage einstellen und reagieren könne. Diese Nachfrage müsse innovativ in der Wirtschaft wirken. Es müßten die Chancen aufgezeigt werden, die in Berlin beständen. Aus der Chancen-Stadt müsse eine Stadt für Berliner Unternehmer werden. Der Hauptstadttumzug werde auf dem wirtschaftlichen Gebiet wenig ändern. Der

Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren könne durch den Behördenumzug nicht ausgeglichen werden. Die europäische Aufgabe bestehe darin, Berlin zu internationalisieren, da der Aufbau der Metropole von den Deutschen allein nicht zu bewältigen sei. Die Stadt brauche das Engagement und die Innovationsfähigkeit von Menschen anderer Länder, und diese werden vorrangig aus dem Osten kommen, wie schon einmal die Ostzuwanderer Berlin wichtige Entwicklungsschübe gebracht hätten.

Burkhard Dreher führte aus, daß Berlin westorientiert sei und sich an der Nahtstelle des **Wohlstandsbruches** zwischen Ost und West befinde. In dem Maße, wie Berlin mit diesem Wohlstandsbruch umgehen könne, in dem Maße werde die Stadt einen Beitrag zur Stabilisierung von Ost- und Mitteleuropa leisten. Hierin liege die entscheidende Funktion der Region Berlin-Brandenburg. Dies erfordere, Fremde, Auswärtige in die Region zu ziehen, womit die Region auch physisch in Europa eingebunden werde. Der Ausbau der Verkehrsnetze trage ebenso dazu bei wie die **innere Entwicklung der Metropolenregion** und ihre wirtschaftliche Verflechtung mit den Räumen östlich der Oder. Eine stärkere internationale Arbeitsteilung werde ein Ergebnis, die Verringerung des Wohlstandsgefälles ein anderes sein. Wichtig werde ferner der Ausbau der Kommunikationstechnik sein. Derzeit werde die Wirtschaft der Region weiter stabilisiert, ihre qualitative Ergänzung über Innovation und Kreativität vorgenommen. Die Einführung der europäischen Währungseinheit Ende dieses Jahrhunderts werde dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft im europäischen Maßstab Wettbewerbsvorteile erobern und werde halten können. Der baldige Einstieg in die **Kreislaufwirtschaft** fördere die örtlichen wirtschaftlichen Kreisläufe und regionalen Wirtschaftszentren, was der Entwicklung der Region zugute kommen werde. Der Wettbewerb finde dann stärker am Platz, also vor Ort statt, was eine Anpassung von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften an diese Situation erfordere. Mehr Beweglichkeit bei den Tarifparteien in bezug auf Tarife und Arbeitsbedingungen mache sich notwendig. Die Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern werde zu einer Neubelebung der sozialen Marktwirtschaft führen, da hier ein neues unternehmerisches Engagement, gepaart mit stärker zutage tretender solidarischer Haltung, entstehen werde.

U. Pfeiffer fragte nach den Anreizen einer **langfristigen Zuwanderung** in die Region und nach einer diesbezüglichen Politik. B. Dreher antwortete, daß die Berliner Region relativ dünn besiedelt sei und auf lange Sicht Zuwanderer aufnehmen könne, ein Vorteil, den andere metropolitane Regionen nicht mehr in dem Maße hätten. Durch staatliche Instrumente sollten die Zu- und Abwanderungen nicht gesteuert werden. Allerdings seien Preisrelationen, so bei den Mieten, wie die notwendigen Infrastrukturen von der Politik zu berücksichtigen. Die weitgehende Stabilisierung der industriellen Kerne in Brandenburg schaffe die wirtschaftlichen Voraussetzungen für Zuwanderung. Wichtig sei auch das gesellschaftliche Klima; die Zuwanderer müßten sich hier wohl fühlen.

U. Pfeiffer verwies darauf, daß Erfahrungen der alten Bundesländer mit Einwanderern zeigten, daß diese oft wirtschaftlich und sozial nicht integriert worden seien. Bei ihnen wüchse in den letzten Jahren die Zahl der Sozialhilfeempfänger stark an. Er befürchte, daß dieser Trend bei wachsender Zuwanderung auch für Berlin zutreffen könnte. E. Pieroth bemerkte, daß die **Integration der Einwanderer** in hohem Maße vom Grad ihrer Qualifizierung abhängt. Die Politik müsse also entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen und ferner versuchen, die Gruppen aus dem Ausland nach Berlin zu ziehen, die entsprechend qualifiziert seien und unternehmerisch tätig werden wollen. Wichtig sei auch die Herstellung von enger wirtschaftlicher Verflechtung mit den angrenzenden östlichen Regionen, deren Vorteil der niedrigen Arbeitskosten für die Gesamtregion genutzt werden sollte. Daneben müsse die Politik zur Verbesserung der Mikroökonomie Osteuropas beitragen. Der vereinbarte Bau eines Verkehrskorridors durch Polen und Weißrußland nach Rußland schaffe sehr gute Voraussetzungen, um an den Verkehrsstrassen wirtschaftlich aktive Zentren ansiedeln zu können. So könne aus einem Verkehrskorridor ein Wachstumskorridor werden. Ein Beitrag Berlins könne darin bestehen, entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten für verschiedene Gewerke bereitzustellen.

U. Pfeiffer stellte die Frage, wie die beiden Länder Polen und Deutschland auf die dramatischen Veränderungen und dargestellten **Entwicklungsprozesse** vorbereitet seien, ob entsprechende **Instrumente** existierten und ob die **Bewußtseinslage** über diese Prozesse bei den Politikern wie bei der lokalen Bevölkerung genügend entwickelt sei. B. Dreher bemerkte, daß Instrumente für die notwendige wirtschaftliche Sanierungspolitik vorhanden seien, jedoch in ihren Dimensionen nicht ausreichten. Die Eigenkapital- und Liquiditätshilfen der Länder seien zu gering, so daß Bundesmittel für Sanierungen genutzt werden müssen. Daneben wären Managementhilfen notwendig. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und polnischen Unternehmen, so bei der Textilindustrie, fände statt. Entsprechende Mentalitäten existierten.

U. Pfeiffer stellte fest, daß die **Wirtschaftsstruktur der Region Berlin-Brandenburg** noch nicht so vielfältig sei wie die anderer Regionen. Damit stehe das Problem, daß Berlin-Brandenburg noch nicht ausreichend auf die einsetzende Wettbewerbsverschärfung in der EU vorbereitet sei. Man müsse daher fragen, ob die vorhandenen Kapazitäten ausreichten, um die Chancen der Stadt und der Region optimal realisieren zu können. Es schließe sich auch die Frage an, wie die bestehenden Defizite zu überwinden seien. B. Dreher verwies auf die wirtschaftliche Stabilisierungspolitik und auf die Sanierung zahlreicher Firmen. Darüber hinaus werde das existierende Forschungspotential von Berlin und Brandenburg für Innovationen genutzt, um neue wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren zu entwickeln und neue Unternehmen zu schaffen. Mit dem Einstieg in die Kreislaufwirtschaft werde eine qualitativ neue Stufe der Wirtschaftspolitik der Region erreicht. Ein höherer interner Wettbewerb sei die Folge, was eine höhere wirtschaftliche Flexibilität und den Mut zu schnellen Entscheidungen erfordere. E. Pieroth fügte hinzu, daß die Umsetzung der **Chancen-Stadt** bei der Stadt und ihren

Menschen selbst liege. Sich nur darauf zu konzentrieren, möglichst viel Geld aus Bonn zu bekommen, reiche nicht aus. Es gehe um die Entwicklung eigener Kapazitäten in der Wirtschaft und Forschung, um konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen für den Aufbau der Stadt in der Stadt zu erhalten.

Volker Hassemer führte aus, daß mit den Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung der Region vorsichtig umzugehen sei, da Bevölkerungsbewegungen nur sehr unzureichend hochgerechnet werden könnten. Unstrittig sei aber, daß Berlin deutlich unterhalb seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder kulturellen Möglichkeiten und auch deutlich unterhalb seiner Notwendigkeiten - Arbeitsplätze, Qualifikationen - liege. Die Aufgabe bestehe also darin, den derzeitigen Rückstand bei der **Chancenumsetzung** zu verringern. Mit dem üblichen Arbeitsaufwand könne dies nicht erreicht werden. Zusätzliche Anstrengungen, Leistungen, aber auch Visionen seien für diese Sonderaufgabe notwendig. So müsse der deutsch-polnische Grenzbereich mit seinen spezifischen Bedingungen, Potentialen und Vorteilen als Chance nicht nur begriffen, sondern auch entwickelt werden. Für Berlin seien **Entwicklungsschwerpunkte** zu realisieren. So müsse die Stadt die wichtigste und notwendigste deutsche Medienstadt werden; gleiches gelte für die Werbung oder die Mode. **Strategien**, die die diesbezüglichen Potentiale mobilisieren, müßten entwickelt, entsprechende Partner gewonnen und Unternehmen motiviert werden. Er bekräftigte, daß die Nachfrage der Stadt nach Produkten und Dienstleistungen nach Möglichkeit durch die Unternehmen der Stadt befriedigt werden sollte. Hans-Christian Müller hob hervor, daß der Begriff der Chancen-Stadt **neue Denkmuster** erfordere. Ein Transrapid nach Hamburg stelle eine falsche Denkrichtung dar. Vielmehr müsse in Richtung Stockholm und Stettin gedacht werden. Neues, unternehmerischeres Verhalten als das während der Insellage sei notwendig.

Volkmar Strauch hob hervor, daß die Chancen der Region von der **Kompetenz** abhängen, wie sie mit den spezifischen Problemen der Region umzugehen in der Lage sei. Das setze eine schonungslose Anerkennung der harten Faktoren des Raumes voraus. Einer dieser Faktoren sei das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung. Entsprechende Konsequenzen für die Politik müßten daraus gezogen und Entwicklungsziele formuliert werden. Wolle man Zuwanderung, dann müsse eine entsprechende **Einwanderungspolitik** betrieben werden. Wolle man die Kompetenz der Region erhöhen, dann sei die entsprechende Kompetenz, auch die von Ausländern, heranzuziehen. In diesem Falle sei ein entsprechendes **Einwanderungsgesetz** notwendig. Ferner verwies er darauf, daß sich die Formen der Arbeit in Ballungsräumen strukturell verändern werden. Zu entscheiden sei daher, welche Arbeit wo gemacht werden solle, was soziale Rückwirkungen habe. Diesbezügliche Konsequenzen für das arbeits- und sozialrechtliche System müßten bedacht werden. Auch müsse man das Tempo des Zusammenwachsens der Region bestimmen, um gegebenenfalls die notwendigen Instrumente entwickeln zu können. Insgesamt seien die **Rahmenbedingungen** so zu gestalten, daß die bestehenden Chancen der Region für die Region genutzt werden. Das erfordere, daß auch osteuropäische Unternehmer hier tätig werden können. Dar-

über hinaus sei die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Unternehmen zu stärken. Daher müßten die öffentlichen Ressourcen zugunsten einer Know-how-Infrastruktur eingesetzt werden.

Wolf-Dieter Heilmeyer fragte nach der **europäischen Kompetenz** von Berlin und Brandenburg und danach, was an Europa in der Region realisiert werden solle. Darüber sei wenig ausgesagt worden. Ferner stellte er die Frage, ob die Berliner Region in **Brüssel**, Paris oder in Lissabon Interesse finde. E. Pieroth antwortete, daß sich die französische Politik naturgemäß weit stärker um die mediterranen Fragen kümmere. Allerdings verstehe Paris auch die nach Osten gerichtete deutsche Politik. E. Dreher verwies darauf, daß es in den deutsch-polnischen Grenzgebieten drei Förderregionen gebe, die mit europäischen Fördermitteln beiderseits der Oder von unten heraus Projekte entwickelten. Ein Koordinierungsbüro in Frankfurt (Oder) leite diese grenzüberschreitenden Projekte. Darüber hinaus erhalte Polen von der EU Mittel für weitere wirtschaftliche Projekte. Wichtig sei allerdings, in Brüssel ein stärkeres Bewußtsein für die Spezifik dieser Region zu schaffen.

U. Pfeiffer führte in seinen **Schlußbemerkungen** aus, daß im allgemeinen die demographischen Probleme unterschätzt würden. Die Konsequenzen für die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft oder ihrer Wachstumsentwicklung, wenn Nachwuchs abnehme, würden nicht deutlich gesehen. Auch wenn die Bevölkerungsentwicklung nicht exakt vorherzubestimmen sei, so könne man den Trend durchaus bestimmen. Und der Trend sage aus, daß Zuwanderung notwendig werde, solle die demographische Basis der Region gestärkt werden. Allerdings müsse sich auch die Qualität der Zuwanderung erhöhen. Ein Einwanderungsgesetz allein reiche nicht aus, da es in erster Linie um eine effektive Integration der Zuwanderer gehe. Die Gesellschaft müsse sich öffnen, was politisch und emotional noch nicht verarbeitet worden sei. Berlin könne bei diesem Prozeß eine Vorreiterrolle spielen, da die Stadt hierfür Voraussetzungen besitze.

Janusz Reiter

Was erwartet der östliche Nachbar von Berlin?

Die deutsch-polnischen Beziehungen und die deutsche Geschichte zeigen, daß Deutschland und Polen immer in denselben Strukturen verankert sein müssen. Im Falle Berlins ist es sogar noch mehr, nämlich ein Zwang zum Handeln, da u. a. die Nachbarschaft zu Polen auch eine Frage der eigenen Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturpolitik ist, wie übrigens von polnischer Seite her gesehen ebenfalls. Die politische Öffnung hat Widersprüche geschaffen, die sich u. a. an der beiderseitigen Grenze und insbesondere beim Wohlstandsgefälle zeigen. Berlin kann einen spürbaren Beitrag zum Abbau des Wohlstandsgefälles und für die Liberalisierung der Märkte der EU leisten. Die Öffnung muß fair vor sich gehen und die Interessen beider Seiten berücksichtigen. Berlin als Kulturstadt sollte und könnte sich stärker öffnen, wie auch zu wünschen sei, daß die polnischen Spuren in der Geschichte der Stadt stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden, um zu zei-

gen, wie die nach Berlin zugewanderten Nationalitäten die Stadt bereichert haben. Auch bei der Zuwanderung könnte sich Berlin mehr Offenheit leisten. Die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft sollte zu einer Überwindung der Grenze führen, was eine längere Übergangszeit erfordert, in der die Standortvorteile beider Seiten zu nutzen sind.

Diskussion

Hardt-Waltherr Hämer betonte, daß die **Chancen** Berlins nicht in dem notwendigen Maße wahrgenommen worden seien, wie sie bei nüchterner Betrachtungsweise hätten realisiert werden müssen. Die verengte Sicht, bedingt durch Macht, sei zu überwinden. In Berlin habe dies um so mehr zu geschehen, weil sich hier die entscheidenden Umbrüche des Wandels abspielten. Begriffe man dies und berücksichtige man ferner die Innen- und Außensicht, ergäben sich Chancen für die Stadt. Dabei gehe es nicht einfach nur um Autobahnkilometer, sondern um die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer Civitas.

V. Strauch bemerkte, daß Berlin auf die auf die Stadt zukommenden Entwicklungen weitgehend defensiv reagiere. Dies zeige sich bei dem Entsendegesetz und beim Ausländergesetz. Eine offensivere Strategie sei notwendig, ohne die soziale Änderungsbereitschaft der Bevölkerung zu überfordern. Diese Region könne nur europäisch werden, wenn sie auch von der Bevölkerungsstruktur europäisch sei. Die Nähe Berlins zu den mittel- und osteuropäischen Ländern sei also als eine besondere Chance zu begreifen. Zu überlegen bleibe, wie dieser **Europäisierungsprozeß** in einem gewissen Maße zu steuern sei und welche Gruppen von Zuwanderern an die Stadt gebunden werden sollten. Notwendig sei auch eine mentale Öffnung. Sie könne auch dadurch beeinflußt werden, indem man etwa die polnische Kultur in der Stadt öffentlicher mache. Heinz Weyl erinnerte an die Bevölkerungsentwicklung Berlins im 19. Jahrhundert und daran, daß sie zu großen Teilen durch polnische Einwanderer bestimmt wurde.

U. Pfeiffer meinte, daß das harte **Wohlstandsgefälle** zwischen Deutschland und Polen nicht einfach konfliktfrei und über Nacht bewältigt werden könne. In der Übergangszeit würden Behelfslösungen notwendig, da beide Seiten eine sofortige **Liberalisierung** volkswirtschaftlich nicht verkraften könnten. Nur einzelne Bereiche sollten zunächst liberalisiert werden, worüber sehr offen und nüchtern gesprochen werden müsse. Die Öffnung der EU in Richtung Polen sollte also schrittweise vorbereitet werden.

Christa Aue betonte, daß Berlin in seiner Zusammenarbeit mit Polen offener werden müsse. Allerdings behindere die **Angst vor Überfremdung** eine solche Vorgehensweise weit mehr als die Starre des politischen Systems oder die Unfähigkeit, neue Denkweisen zu entwickeln. Paris habe von der Kompetenz und dem Engagement der Ausländer sehr profitiert. Dies müsse in das Berliner Bewußtsein.

Eckhard Feddersen plädierte für eine Intensivierung des Verhältnisses zwischen Berlin und Warschau, weil auf Städteebene eine Kommunikation leichter machbar sei, als zwischen Städten und Ländern. Architekten- oder Handelskammern könnten Ausgangspunkte für eine Städtezusammenarbeit werden. Julian Wékel fragte danach, ob nicht **Städtepartnerschaften** einen besonderen Nutzen für die deutsch-polnischen Beziehungen haben könnten und wenn ja, wie die polnische Vorstellungen dazu aussähen.

Rolf Xago-Schröder sprach sich für eine Erweiterung der europäischen Sicht aus. Es sollten die Länder und ihre Probleme nicht vernachlässigt werden, die östlich von Polen oder Tschechien lägen. Auch an diesen Grenzen würden Wohlstands- und Preisgefälle existieren. Karl-Hermann Hübler verwies darauf, daß Polen nicht nur Investitionen in seinen Westgebieten vornähme, sondern auch in seinen Ostgebieten, da auch hier erhebliche Disparitäten zu den Nachbarn existierten, was auch die polnische Politik in den an Deutschland grenzenden Gebieten erkläre.

Manfred S. Manleitner fragte, ob es für die Kinder Vertriebener möglich sein werde, sich in den Gebieten anzusiedeln, aus denen ihre Eltern am Ende des Zweiten Weltkrieges verdrängt worden waren. Dies wäre ein guter Weg in die Zukunft.

R. Schäfer stellte die Frage, welche Anforderungen vermutlich die anderen Nachbarländer der Region an die Region Berlin-Brandenburg stellen könnten.

H.-W. Hämer plädierte dafür, das **Stadtforum** auch nach den kommenden Wahlen beizubehalten, um den für die Stadt notwendigen Diskurs aufrechterhalten zu können. Allerdings müsse das Stadtforum weiter qualifiziert und zu keiner In-group werden.

J. Reiter stellte in den **Schlußbemerkungen** dar, daß zu einer allgemeinen Öffnung selbstverständlich die Niederlassungsfreiheit gehöre, die natürlich auch für die Vertriebenen gelte. Der Beitritt Polens zur EU habe eine Verringerung des Wohlstands- und Preisgefälles zur Voraussetzung, womit auch die wichtigste Schwierigkeit auf dem Wege zu einer Niederlassungsfreiheit überwunden sein werde.

Er verwies darauf, daß sich Berlin mehr Öffnung leisten könnte. Als Pole könne man nur nach Berlin kommen und sich hier niederlassen, wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft annehme. Dies sei kein Modell für ein deutsch-polnisches Verhältnis und passe auch nicht in das Bild von Berlin als internationale Metropole. Berlin könne bei der Gewährung von Aufenthaltsgenehmigungen großzügiger vorgehen. Dabei sollte vielleicht bei den Gruppen begonnen werden, deren Wirkung für die Entwicklung Berlins größer sei als die anderer. Bei den Zuwanderungen sollten intelligente Lösungen gefunden werden, die die Vorteile der Beteiligten kombinierten. Ein Nur-Abwandern etwa von Fachkräften aus Polen könne nicht im Interesse Polens sein.

Die unmittelbaren Gebiete an der polnischen Westgrenze seien im polni-

schen Vergleich keinesfalls Wohlstandsgebiete. Die Zone des relativen Wohlstandes beginne weiter im Landesinneren, was die Probleme an der Grenze nicht einfacher mache. Jede Verbesserung der Verhältnisse in den Grenzgebieten stelle einen Beitrag zu mehr Stabilität der Region dar.

Städtepartnerschaften seien wichtig. Warschau wäre ein Partner für Berlin, Posen wohl nur auf bestimmten Gebieten. Allerdings hingen die Partnerschaften auch sehr stark von den Menschen ab, die entsprechende Verbindungen zu den Städten aufnahmen und aufrechterhielten.

Polen habe nicht nur ein Wirtschaftsgefälle an seiner Westgrenze, sondern auch eines an seiner Ostgrenze. Letzteres ist nicht weniger dramatisch als ersteres. Die polnische Ostgrenze sei praktisch offen, was zahlreiche Probleme mit sich bringe. Seit etwa zwei Jahre steige der Handel Polens mit seinen östlichen Nachbarn. Besonders für die polnische Landwirtschaft seien die Märkte im Osten unersetzbar. Daneben könne auch ein Export polnischen Kapitals in die östlichen Nachbarländer festgestellt werden.

Über die Vorstellungen der anderen Länder des ehemaligen Ostblock könne er schwerlich etwas aussagen, da jedes dieser Länder danach strebe, nicht mehr als ehemaliges Ostblockland, sondern als eigenständig wahrgenommen zu werden. Insbesondere wollen sie ihre EU-Fähigkeit nachweisen. Generell kann jedoch gesagt werden, daß der Blick der Länder Mittel- und Osteuropas nach Westen gerichtet ist, wie auch der Blick Ostdeutschlands.

02. 09. 1995

Zwischenresümee des Moderators

Resümierend, so R. Schäfer, läßt sich sagen, daß am ersten Tag eine europäische Standortbestimmung per Innen- und Außensicht vorgenommen wurde. Die Eigensicht sei sehr stark durch ökonomische Dimensionen geprägt gewesen. Das Bevölkerungsproblem stelle besondere Anforderungen an die Region und werde ihre Perspektiven nachhaltig beeinflussen. Vier Strategieschwerpunkte hätten E. Pieroth und B. Dreher angesprochen. Zum einen die Frage nach der Internationalisierung der Kernstadt auch als eine Antwort auf das Bevölkerungsproblem und auch bezogen auf die ost- und mitteleuropäischen Nachbarn. Diese Internationalisierung sei kein Mengenproblem, sondern eine Frage der Qualifizierung und Profilierung. Qualifikationsmöglichkeiten sollten den Zuwanderern geboten wie auch qualifizierte Zuwanderer in die Region gezogen werden. Zweitens ging es um eine Verflechtung mit den ost- und mitteleuropäischen Ländern. Die Verflechtung sei als Chance zu begreifen, zum Vorteil der Nachbarn zu realisieren und als notwendige Voraussetzung für die Überwindung des Wohlstandsgefälles und die Stabilisierung der Region anzusehen. Durch Verflechtung sollten die Standortvorteile genutzt und Standortchancen entwickelt werden. Drittens ging es um die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen mittels eines Kreislaufwirtschaftskonzeptes, womit günstigere Bedingungen für Zuwanderung entstehen könnten. Viertens schließlich wurde das Konzept der

Chancen-Stadt erörtert. Die Stadt dürfe nicht weiter unter ihren Möglichkeiten bleiben. Das, was in der Stadt zu leisten sei, müsse über Informationen transparent gemacht werden.

J. Reiter bestätigte diese Ansätze spiegelbildlich, soweit sie eine Rolle im deutsch-polnischen Verhältnis spielen. Er ging ebenfalls von einer langen Übergangszeit aus, in der die Politik intelligente Lösungen zu finden habe. Neben dem Abbau der Wohlstandsgrenze ging es ihm darum, was von deutscher Seite gemacht werden könne, um Mobilität im Sinne der Internationalisierung zu erzeugen. Berlin müsse als Gastgeber seinen Umgang mit den Zuwanderern verbessern.

Aus den beiden Durchgängen könne man folgern, daß zunächst zwischen den Komplexen, die Berlin und Brandenburg gemeinsam angehen können und zwischen denen, die von weiteren Partnern abhingen, zu unterscheiden sei. Berlin müsse stärker auf Veränderungen von Rahmenbedingungen drängen, die die Internationalisierungstendenzen behindern oder verhindern. Dort, wo selbst gehandelt werden könne, wie in den Bereichen Kultur und Wissenschaft, sollten Internationalisierungen verstärkt angestrebt werden. Diesbezügliche Potenzen hätte die Stadt, neue Formen sollten aber entwickelt werden, um offensiv handeln zu können. Mischkalkulationsmöglichkeiten müßten stärker nach außen getragen und als Standortfaktor deutlicher gemacht werden.

Gefehlt in der gestrigen Debatte haben, wie Berlin mit den Fremden umzugehen gedenke, wie die Region in das in Form der EU verfaßte Europa eingebunden werden könne und wie die spezifische Konkurrenzsituation der Region mit anderen Regionen aussehe. Berlin sollte über eine Vision für die behandelte Region nachdenken und diese auch formulieren.

Manfred Sinz

Europäische Einflüsse auf die Position Berlins

Raumbilder, die mit geopolitischer Positionierung zu tun haben, spielen in der Diskussion um die europäische Zukunft eine große Rolle. Mit ihnen sollen komplexe Prozesse kommunizierbar gemacht und Images formuliert werden. Die Brüsseler Bürokratie versucht, über Konzepte wie Europa 2000 plus die Raumordnung und Regionalpolitik zu besetzen. Hochentwickelte Planungs- und Interventionsmodelle entstehen, mit denen aus technokratischer Perspektive Regionalpolitik betrieben werden soll. Was in den einzelnen Regionen tatsächlich vor sich geht, wird nicht mehr diskutiert. Das Entgegennehmen dieser Brüsseler Offerten kann zu Abhängigkeit und Subsidiaritätsscheucherei führen. Rahmenbedingungen der jeweiligen Subvention bestimmen dann die Projektdefinition.

Diskussion

Die neue **Ost-West-Beziehung**, so U. Pfeiffer, würde unterschätzt, weil die räumliche Nähe eine noch außerordentliche Bedeutung besitze. Daneben können die Veränderungsgeschwindigkeiten in Polen oder Tschechien sti-

mulierend auf Berlin zurückwirken. Im klaren müsse man sich auch darüber sein, daß **Integrationsprozesse** immer auch Kommunikations- und Lernprozesse seien, die intensiv genutzt werden sollten. Das Wissen über die Handelnden, über mögliche Partner oder Entwicklungen könne Prozesse beschleunigen. Um positive Strategien formulieren zu können, müsse man stärker auf die Ebene der Akteure hinunter. Auf den Handlungsebenen fehlten jedoch noch Analysen und Vorschläge. Auch müßten sie vernetzt werden. Für Berlin sei ein Netz von Aktivitäten zu formulieren. Bei den Raumplanungen müsse das politisch wie wirtschaftlich Kreative herausgearbeitet werden. Schwierig sei es jedoch, die Verknüpfungen zwischen der Vision und dem Alltagshandeln herzustellen. Konkret würde dies etwa für den landwirtschaftlichen Sektor bedeuten, daß Berlin Vorkämpfer für das Ende der EU-Agrarpolitik werden müsse, um eine Öffnung nach Osten hin im Interesse der Region zu realisieren; ähnlich beim Arbeitsmarkt. Man müsse also bei konkreten Bereichen beginnen.

H. Weil resümierte den Aufstieg Berlins zur **Metropole** und stellte fest, daß dieser Aufstieg Resultat eines beeindruckenden historischen **Willensaktes** gewesen sei. Heute Berlin wieder zur Hauptstadt zu machen, erfordere ebenfalls einen politischen und historischen Willensakt. Dazu gehöre auch, die westeuropäisch bezogenen Denkbilder zu verändern. Deutlich müsse werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten zu einer Stärkung Mitteleuropas kommen müsse, die im Interessen der gesamten EU und ihrer Osterweiterung liegt. Axel Priebts fragte nach, ob in der Region der Wille zu einer Region existiere und meinte, daß dieser Wille noch wenig entwickelt sei.

U. Pfeiffer bemerkte, daß bei der **Entwicklung von Regionen** oft nicht planbare und auch nicht zu systematisierende Faktoren, wie historische Sondersituationen oder individuelle Schaffensakte, eine große Rolle spielen können. Dies zeige der Aufstieg Preußens und Berlins. Regionen haben also in bestimmten Situationen und mit gewissen Spielräumen die Möglichkeit, sich selbst zu entwickeln, wobei heute ein äußerst komplizierter Komplex verschiedenster Faktoren wirke. Kreative politische oder kulturelle Akte spielten hinein. Damit würden die Planung und Steuerung äußerst schwierig. D. h. auch, daß man eigentlich nur Entwicklungsbedingungen schaffen könne. Die Hauptstadtbildung und das positive historische Image gäben Berlin die Chance, an alte Entwicklungen anknüpfen zu können. Die diesbezüglichen Ansatzpunkte müßten gestärkt werden.

V. Strauch meinte, daß es auch wichtig sei zu wissen, wie andere von außen auf die Region sähen und sie begriffen. Die, die aus dem Westen kommen, hätten oft ein festgefügtes Bild, und sähen die spezifischen **Faktoren der Region** nicht. Diese müßten aber deutlich herausgestellt werden, auch wenn sie zwiespältig beurteilt würden, so wie manche Investoren die Nähe zu Polen negativ bewerten. Für andere Investoren werde die Region gerade ob ihrer Lage interessant.

Für V. Hassemer muß Berlin das Profil, das es haben wolle, verständlich machen. Es dürfe nicht das **Profil** von gestern oder vorgestern sein, auch nicht jenes, das die EU der Stadt überstülpen wolle, sondern das, welches

die Stadt im Interesse ihrer Entwicklung und aus ihrem Willen heraus formuliere. Dieses Profil müsse verbreitet und die diesbezüglichen Partner müßten gefunden werden, die weniger in Brüssel ansässig seien. Dennoch müsse man Brüssel die realen Potenzen und Entwicklungsmöglichkeiten der Region klar machen. Dies könne allerdings nur dann überzeugend gelingen, wenn die Stadt und die Region von ihren Möglichkeiten überzeugt seien. Unabhängig von Brüssel müßten Stadt und Region ihren Aufbau selbst in die Hand nehmen, weil von der EU nicht die Strategien kommen würden, die der Stadt und Region angemessen seien. Die finanziellen Mittel der EU seien allerdings zu nutzen. Wichtig sei auch, daß die in Berlin getroffenen Entscheidungen nicht immer und immer wieder kommentiert würden. Es gehe vielmehr darum, gemeinsam für die Realisierung der Entscheidungen zu arbeiten.

H. Hübler plädierte dafür, daß Berlin, anders als bisher, auf den **Bund** einwirken müsse mit dem Ziel, daß dieser stärker als bisher die Interessen der östlichen Länder in die **EU-Politik** einbringe. Berlin müsse darüber hinaus stärker Projekte unterstützen, die auf Osteuropa ausgerichtet seien. Daneben sollten Berlin und Brandenburg ihre Interessen beim Bund nachdrücklicher anmelden, wie etwa beim Bundeswegeplan, dessen Prioritäten zugunsten der Region geändert werden müßten.

A. Priebis ging auf die gemeinsame berlin-brandenburgische Landesplanung ein. Die Entwürfe für ein gemeinsames Landesentwicklungsprogramm und für den Entwicklungsplan des engeren Verflechtungsraumes seien notwendig und sollten möglichst bald verbindlich werden, auch um Entwicklungsprozesse steuern zu können. Diese Pläne könnten nur Ausgangspunkte für eine engagierte, fachliche und politische Diskussion über die großen Leitlinien der Entwicklung der Region sein. Mit dieser Diskussion stehe man noch am Anfang. **Visionen** seien für den Planer und Politiker notwendig. Allerdings werde es schwer, für diese Region eine eindeutige Vision formulieren zu können, weil zu viele Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bestünden. Mit **realistischen Szenarien** sollte jedoch gearbeitet werden, um die Diskussionen zu versachlichen und ein Leitbild erarbeiten zu können. Edvard Jahn führte aus, daß Berlin selbst Konzepte entwickeln müsse, die über den Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg hinausreichten und den gesamten, im wesentlichen nach Osten gehenden Raum, zum Inhalt haben müßten. Dabei hülfe jedoch keine historischen Bilder, weil neue bisher noch nicht dagewesene Konzeptionen erforderlich seien.

Die **Zuwanderung** betreffend, bemerkte V. Strauch, daß die Stadt sich an Menschen wenden müsse, die risikobereit seien und deswegen Unbequemlichkeiten in Kauf nähmen. Allerdings müßten denen, die in die Region kämen, Chancen eröffnet werden. Das erfordere neue **Rahmenbedingungen**. Zu fragen bleibe, wieviel Offenheit und Veränderung vorgenommen werden könnten, ohne den sozialen Frieden zu gefährden. Beim Entsendegesetz werde deutlich, daß die Berliner für größere Öffnungen noch nicht bereit seien. Man müsse klären, wo die Grenze des Machbaren läge und wie sie zu verschieben sei.

B. Schneider verwies darauf, daß, wenn Berlin und Brandenburg ein wirksames Bild von der Region entwickeln wollen, sie zunächst ein Bild von Europa entwickeln müßten. Karten, die ein auf Westeuropa bezogenes Brüssel mache, seien Machtinstrumente, setzten Perspektiven und beeinflussten Entwicklungen. Dem müsse **Berlin** seine eigene **Europakarte** entgegenstellen. Diese Karte fehle aber, da Berlin noch kein klares Bild von sich selbst habe. Letzteres verhindere die Formulierung von konkreten Perspektiven. Auch für Dieter Frick muß Berlin sich zunächst selbst definieren, um davon ausgehend seine Europakarte zu zeichnen. Er verwies darauf, daß Planungen aus Brüssel wie das Konzept Europa 2000 plus notwendige Ausgangspositionen für die Diskussion formulierten und Vergleichbarkeiten herstellten, mit denen in der Raumplanung langsam eine europäischen Ebene herausgearbeitet werden könnte.

H.-C. Müller betonte, daß räumliche Planung eines **geistigen Überbaus** bedürfe. Neue Konzepte und Bilder seien notwendig, jedoch sollte das, was die Stadt bereits habe, nicht unterschätzt werden. Der innere Um- und Ausbau Berlins verdeutliche Chance und Möglichkeit der Stadt. Die geistige Abwanderung aus Berlin behindere die Schaffung eines neuen geistigen Selbstverständnisses, was sich etwa beim Umgang der Stadt mit den Arbeiten von Architekten wie Daniel Libeskind zeige.

Für Gerd Gebhard binden antagonistische Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Brandenburg Energien, die für den Aufbau der Gesamtregion dringend notwendig seien. Stattdessen sollten **Symbiosen** hergestellt werden. Mit dem gemeinsamen Planungspaket wurde ein Schritt in diese Richtung unternommen. Es könne jedoch den großen Sprung nach vorn nicht bringen, was auch von weiteren Konzepten kaum erwartet werden könne. Vielmehr müßten **Planung** und **Politik** bereit sein, **Innovationen** aufzunehmen, auch wenn sie mit Risiken verbunden sein sollten, und Strategien auszuprobieren, um die bestehenden Chancen testen zu können.

H.-W. Hämer zeigte anhand der Entwicklung des Ruhrgebietes und der IBA-Emscher, wie eine **Region** ihr **Image** ändern kann, und zwar über konkrete **Aktivitäten**. Berlin habe diese Aktivitäten gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen. Dies müsse aber geschehen, wenn für die Handlungsebene Konzepte gesucht werden. Dabei seien auch aus den eigenen Aktivitäten wie die der **IBA-Berlin** die notwendigen Erfahrungen zu ziehen, was in Berlin bisher noch nicht gemacht worden sei. Andere Regionen hingegen hätten aus den Berliner Erfahrungen gelernt und zögen aus den eigenen Entwicklungen die notwendigen Schlüsse. In den Niederlanden werde mit dem Instrument der Experimente gearbeitet, um für das planerische und politische Handeln neue Möglichkeiten zu entdecken und zu erproben. Dabei werde nicht flächendeckend vorgegangen, sondern selektiv. In Berlin hingegen werde flächendeckend vorgegangen, was die gegenwärtigen Versuche einer **Verwaltungsreform** zeigten, mit der das Problem der reduzierten Geldmittel durch kaufmännische Schulung von Verwaltungsangestellten gelöst werden soll. Mit derartigen Handlungsformen könne man den westeuropäisch zentrierten Karten nicht begegnen.

B. Sinz betonte in seinen **Schlußbemerkungen**, daß die von ihm vorgelegten Karten EU-Planungsrealität seien. Mit ihr müsse sich kritisch auseinandergesetzt werden. Allerdings sollten einige Karten nicht zeigen, wie Europa auszusehen habe, sondern wie es auf keinem Fall aussehen dürfe. Dieses Szenario des Nichterwünschten sei aber für die Diskussion hilfreich, weil darauf Antworten gefunden werden müssen.

Die Entwicklung Berlins zur Hauptstadt vollziehe sich im Spannungsfeld des Föderalismus. Im zentralisierten Frankreich sei relativ klar, welche Funktionen Paris als Hauptstadt zu erfüllen habe. In Deutschland müssen von Berlin aus die wesentlichsten Impulse für die Hauptstadtentwicklung ausgehen, was ein unbedingtes Wollen voraussetze. Dieses sei jedoch noch zu schwach ausgebildet.

Bei den Standortfaktoren werde die Kompetenz des lokalen politischen Systems der wichtigste werden. Diese Berliner Kompetenz, die sich in den konkreten Entscheidungen schon ausgedrückt habe, werde jedoch noch nicht hinreichend deutlich. Schon die Existenz des Stadtforums und der damit verbundene Versuch, zu einem Konsens in der Stadtentwicklung zu kommen, sei in Europa nicht nur einmalig, sondern verdeutliche die Berliner Kompetenz des lokalen politischen Systems.

Wolf-Dieter Heilmeyer

Berlin - Eckpfeiler oder Schaufenster der klassischen Kultur?

Klassik in Berlin ist seit dem Beginn des Aufbaus der Kunstsammlung um 1700 ein Eckpfeiler europäischer Kultur geworden. Diesen Eckpfeiler zu renovieren und zu verstärken ist gut, wichtiger aber, ihn für den Aufbau der Region Berlin-Brandenburg zu nutzen. Die Klassik von Berlin und Brandenburg herauszustellen, heißt, ein Schaufenster für Europa zu gestalten. Darüber hinaus bleibt sowohl zu fragen, ob nicht Berlin als Bundeshauptstadt einen europäischen Aspekt erhalten sollte, der auch für die östlichen und nördlichen Nachbarn attraktiv ist, als auch welche europäischen Aufgaben in der Stadt verortet und welche europäischen Zusammenhänge in ihr sichtbar gemacht werden müssen. Könnten dies u. a. europäische Städtepartnerschaften oder ein neues europäisches Stadtbild sein?

Hartmut Schröder

Perspektiven von Kultur und Wissenschaft für die polnisch-deutsche Nachbarschaft - Das Beispiel der Europa-Universität Viadrina

Die Europa-Universität Viadrina ist eine Brücken- und Begegnungsuniversität, besitzt überregionale Bedeutung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa und soll der deutsch-polnischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie dem Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Staaten Ostmitteleuropas dienen. Sie ermöglicht es insbesondere jungen Polen und Polen, ein auf Europa ausgerichtetes Studium an einer deutschen Universität zu absolvieren. Die Mittel für die Universität kommen aus der

Republik Polen und dem Land Brandenburg. Sie stellen eine Investition in die Zukunft der Metropolenregion dar. Transformationsprozesse in Osteuropa werden befördert.

Diskussion

V. Hassemer verwies darauf, daß es in Berlin um die **Sonderaufgabe Metropole** gehe und, um diese zu lösen, es nicht ausreiche, daß jeder - ob Architekt, Planer oder Direktor eines Museums - nur seine Arbeit wie bisher mache. Vielmehr müsse in diese Sonderaufgabe zusätzlich investiert werden. Und dies sei nicht nur Aufgabe der Politik, sondern müsse auch von den verschiedensten Gruppen geleistet werden. Wie sei es aber zu erreichen, daß das Zusätzliche auch von möglichst vielen geleistet werde? Da nichts von selbst komme, brauche man **Ideen** und die für ihre Realisierung notwendigen **Partner**. Es sei daher auch zu fragen, was die **Wissenschafts- oder Kulturelite** mache, um das Zusätzliche anzugehen. Diese Elite müsse eine Idee von neuer Qualität herausarbeiten. Eine solche Idee hätte dann Realisierungschancen. Und sie habe gleichzeitig Unterstützung für diese Idee aus den eigenen Reihen zu sichern und gegebenenfalls ihre Kollegen von der Idee zu überzeugen. Dies könne nicht die Politik machen. Gemeinsam müsse geklärt werden, welche Themen für die Stadt wichtig seien und wie diese durch Ideen und gemeinsames Handeln umgesetzt werden könnten.

U. Pfeiffer bemerkte, daß **Europa** für die Stadt kein eindimensionaler Referenzrahmen sei. **Berlin** habe aber verschiedene **Referenzsysteme**. Kulturell müsse die Stadt in einem großen europäischen Rahmen gesehen werden, hingegen sei sie bei den Finanzdiensten Provinz. An politischer Bedeutung werde Berlin erheblich gewinnen. Zu fragen sei nun, was für eine Hauptstadt die Deutschen haben wollen. Es seien also unterschiedliche Antworten zu geben, die wiederum unterschiedliche Beziehungsnetze bedingten und Ausstrahlungen ermöglichten. Allerdings sollte man die Perspektive der Stadt nicht mit Gewalt auf einen Begriff festlegen, vielmehr sollte mit der Vielfalt gelebt, gleichzeitig aber die für die Stadt richtigen Referenzsysteme gefunden und entwickelt werden.

Karlheinz Wuthe betonte, daß die **Region** in ihrer **Spezifik** berlin-brandenburgisch ausgeprägt sein sollte, worin ihre europäische Bedeutung zum Ausdruck komme, was sich in einer Reihe von Fakten deutlich zeige. Hierzu gehörten sowohl die einmalige Gärten- und Schlösserlandschaft wie auch die Europa-Universität in Frankfurt (Oder). Diese kulturellen Einrichtungen müßten auch im Vergleich zu anderen Regionen und in ihrer Einmaligkeit und Besonderheit gesehen werden, um sie als **Chancen** zu begreifen und mit ihnen weltweit Interesse zu erwecken. Wie denn auch bei einem Regionenvergleich Beispiele anderer Regionen stimulierend auf die eigene Region wirken könnten.

H.-C. Müller plädierte für die **Fortschreibung** des Begriffs der **Klassik**. Der historische Rückblick müsse die Verpflichtung, nach vorne zu sehen, enthalten. Damit würde auch für die Entwicklung der Stadt die europäische klassische Kultur nutzbar. Programmatisch und inhaltlich sollte dargestellt werden, wie sich **Gegenwart** permanent aus einem Beziehungsgeflecht von Industrie, Wissenschaft und Kultur gestalte und verändere. Die Museen könnten, den Blick nach vorne gerichtet, diesen Prozeß verdeutlichen, würden so ihr Wissen für das heutige Europa übersetzen. Der geistige Europäisierungs- und Internationalisierungsprozeß müsse deutlich werden.

H. Weyl fragte an, inwieweit die **Kultur** ein die Berliner Entwicklung motivierender Faktor werden könne oder ob die notwendige Substanz fehle. Zu fragen sei auch, auf welchen Gebieten **Berlin** mit **London** oder **Paris** mithalten könne. Paris z. B. zeige, wie Kunst, neu präsentiert - u. a. die Unterkellerung des Louvre -, große Anziehungskraft auslösen könne. Hingegen fehlten Berlin derartige Aktivitäten nicht nur, sondern die einmaligen Sammlungen seien in der Stadt zerstreut und mögliche Gebäude wie das Neue Museum harren immer noch ihres Wiederaufbaus. Das vorhandene Kulturgut gebe Berlin die Chance; auf seine alte Bedeutung als Metropole hinzuweisen, die derzeit vertan werde.

R. Xago-Schröder wiederholte seine in früheren Stadtforumssitzungen geäußerte These, den Schloßplatz mit der **europäischen Idee** zu verknüpfen. Die Einrichtung einer europäischen Werkstatt könne ebenfalls als **Schaufenster** wirken, zumal die Berliner Kunstszene sehr reich an nationaler und internationaler **Kunst** sei. Mit ihr könnten u. a. europäische Diagonalen etwa zwischen Irland und Österreich oder Finnland und Tschechien sichtbar gemacht und experimentell europäisch gedacht werden. Martin Wimmer plädierte für eine breitere inhaltliche Füllung des Schaufensters. Nur Spreeathen reiche nicht aus. Eine Magnetwirkung ähnlich wie die der zwanziger Jahre müsse erreicht werden. Hier habe Berlin schon einiges zu bieten, wie etwa seine interessanten Theaterlandschaft.

B. Schneider verwies darauf, daß wesentliche Elemente der europäischen Kultur und damit Europa nicht in Europa sondern in den USA überlebt hätten; aber auch in Asien. Dies habe auch mit dem Niedergang der Universitäten in Europa zu tun, die nur noch unter berufspraktischen Verwertungsgesichtspunkten betrachtet würden.

Martin Wimmer meinte, daß die Architekten in Berlin Fehler anderer europäischer Metropolen - dock lands in London, grands projéts in Paris - nicht gemacht hätten. Allerdings habe die Zersiedelung des Umlandes durch Kaufmärkte Schaden angerichtet.

Für H.-C. Müller ist der Standort der **Europa-Universität** in Frankfurt (Oder) und damit an der Grenze der richtige, da mit ihr an diesem Ort die Grenze überwunden werden könne. Für B. Schneider stellten sich die Fragen, welches Europa die Europa-Universität voranbringen wolle und wie sich die deutsch-polnische Nachbarschaft, die durch diese Universität gefördert wer-

den solle, auf Europa beziehe. U. Pfeiffer sah die Gefahr, daß die Frankfurter Universität zu einem Feigenblatt oder zu einem Elfenbeinturm werden könnte. Wichtiger sei, ob an der Humboldtuniversität in einigen Jahren die Hälfte der Studenten aus dem Ausland komme, da diese Art von Internationalisierung lebendig sei und entsprechende realen Beziehungen schaffe. Ch. Aue sah die Europa-Universität als eine Brücke zwischen Ost und West an. Solche Einrichtungen würden die Angst vor Überfremdung bei denen mindern helfen, die an ihnen tätig seien bzw. studierten. So dürften die Effekte erst in der nächsten Generation spürbar werden.

D. Frick fragte an, wie man die klassische Kultur Berlins öffentlichkeitswirksam machen und welche Schichten mit ihr angesprochen werden könnten, so daß eine reale Schaufensterfunktion entstünde.

E. Jahn stellte die Frage, ob die historische Westorientierung im Kulturbereich auch für die Zukunft richtig sei, da so Muster fortgeschrieben würden, die heute nicht mehr zwingend seien und Wege verstelten. Daneben wollte er wissen, ob eine stärkere Ausrichtung nach Osten auch von der Bevölkerung mitgetragen werde.

In den **Schlußbemerkungen** führte W.-D. Heilmeyer aus, daß das, was Berlin an europäischer Kultur habe, zu einem Schaufenster gemacht werden sollte. Dies betreffe insbesondere die klassische Kultur. Eine wichtige europäische Aktivität sei die Vorbereitung einer Ausstellung über das demokratische Athen und das republikanische Rom im Alten Museum mit Hilfe von EU-Mitteln. Der Klassikbegriff als ein europäischer Kulturbegriff solle neu definiert werden. Man müsse den engen Klassikbegriff des 19. Jahrhunderts überwinden und Europa als Ganzes klassisch verstehen.

Trotz alledem müsse in Berlin noch das Europabild definiert werden, was gemeinsame Anstrengungen erfordere. Ein Europadefizit sei im Bereich der Kultur spürbar.

Trotz der Anstrengungen der Museen, das Ihre im Rahmen der Sonderaufgabe beizutragen, hingen sie doch von Problemen ab, die weit über ihre Kompetenzen hinausgingen, was etwa die Bereiche Architektur oder Stadtplanung betreffe. Daneben sei die Museumsinsel in einem erbärmlichen baulichen Zustand, der von den Museen selbst nicht grundlegend verbessert werden könne.

H. Schröder bemerkte, daß es auf der wissenschaftlichen Ebene kaum Probleme mit der Standortrealität gebe. Von der Bevölkerung werde die Universität angenommen, auch aus dem pragmatischen Bewußtsein heraus, daß sie für den Standort eine wichtige wirtschaftliche Dimension besitze. An der Grenze herrsche weitgehend Normalität, wie sie auch für andere Grenzstädte zuträfe. Dies alles wirke sich sehr positiv auf das Klima an der Universität aus. Bei den polnischen Kollegen und Studenten herrsche nicht immer eine euphorische Haltung zu dieser Einrichtung vor, da einige von ihnen doch lieber in Heidelberg oder an anderen deutschen Universitäten - schon des Umfeldes oder der vermeintlich besseren Studienbedingungen

wegen - studieren würden. Allerdings seien die akademische Infrastruktur und die Anbindung an das Hinterland und besonders an Berlin noch nicht optimal. Der Standortvorteil von Frankfurt müsse mit dem von Berlin verbunden werden. Das betreffe vor allem die Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen, Bibliotheken und Kultureinrichtungen. Diese Verbindung könnte über einen Verkehrsverbund oder über moderne Kommunikationssysteme, Daten- und Forschungsnetze hergestellt werden.

Daß Frankfurt der richtige Standort für eine Europa-Universität sei und nicht Berlin habe auch mit dem Umstand zu tun, daß die polnischen Studenten ein Stipendium in Höhe von monatlich 300 DM erhielten, mit dem sie hier leben könnten, in Berlin sicher nicht.

Die Gefahr, die Europa-Universität könne zu einem Elfenbeinturm werden, bestehe nicht, da sie keine Eliteuniversität sei, sondern eine Begegnungsuniversität, in der der interkulturelle Kontakt im Vordergrund stehe.

Zusammenfassung des Moderators

1. Die Referate und Diskussionsbeiträge der 50. Sitzung des Stadtforums haben gezeigt, welcher Nachholbedarf in Sachen Europa in der und für die Region Berlin-Brandenburg besteht. Trotz vieler konstruktiver Einzelansätze fand das harte Wort von der verbreiteten "Europa-Ahnungslosigkeit" (Heilmeyer) weite Zustimmung.
2. Grundlegender Konsens bestand darin, daß der europäische Standort von Berlin-Brandenburg insbesondere in Bezug zu den mitteleuropäischen Nachbarn von einer "integrativen" statt der historisch vorherrschenden "kolonialisatorischen" bestimmt sein müsse. Konkret wurde dieser Ansatz in den Postulaten und Konzepten der Internationalisierung, der Verflechtung und des Umgangs mit den Fremden (Dreher, Pieroth und Reiter), Berlin-Brandenburg muß hier sowohl die unmittelbar verfügbaren eigenen Möglichkeiten mobilisieren (Beispiel Viadrina und Hochschulbereich, aber auch der "Klassik"-Ansatz von Heilmeyer), als auch auf eine Veränderung von Rahmenbedingungen hinwirken (Beispiel Gewerberecht für Ausländer etc.).
3. Deutlich geworden ist, daß die Region Berlin-Brandenburg sich als europäische Region reflektieren muß. Sie braucht in diesem Kontext ein Leitbild oder eine Vision über ihre europäische Rolle. Dies gilt auch in einer Zeit, in der Standortfaktoren einen relativen Bedeutungsverlust erfahren (Sinz).
4. Eng verknüpft hiermit ist, daß sich Berlin-Brandenburg auch ein Bild - sein Bild - von Europa machen muß, in dem es seine Standort finden will. Dieses Europa-Konzept muß dann auch - im Sinne eines europäischen "Gegenstromprinzips" - offensiv gegenüber den europäischen Institutionen vertreten werden. Die Diskussion um die Darstellung Berlin-Brandenburgs in den aktuellen Raumordnungskonzepten der EU hat die Notwendigkeit eines solchen Ansatzes plastisch verdeutlicht.

5. Innovativ und pragmatisch zugleich hat der Beitrag von W.-D. Heilmeyer ein Beispiel für eine "Europa-Checkliste" insbesondere der Hauptstadt Berlin präsentiert, die weiterentwickelt und als Grundlage für praktische Maßnahmen genutzt werden sollte.

6. Die stadtentwicklungsrelevanten Aspekte des Europa-Themas sollten insgesamt im Rahmen einer Werkbank vertieft werden.

BERLIN

STADTFORUM

Die Beiträge

Ulrich Pfeiffer

Janusz Reiter

Manfred Sinz

Hartmut Schröder

Wolf-Dieter Heilmeyer

Ulrich Pfeiffer
Leitgedanken der Lenkungsgruppe

1. Berlin ist eine Stadt mit großer Vergangenheit und eine Stadt mit großen Chancen. Das gilt auch für die Region insgesamt. Berlin stellt an sich hohe Ansprüche ... Von Berlin und der Region erwarten die Deutschen eine würdige Repräsentation. Die Region soll wirtschaftlichen Erfolg und kulturelle Ausstrahlung haben, die Ausgewogenheit des sozialen Systems widerspiegeln und zeigen, was eine reife, entschlußfreudige Demokratie zustande bringen kann. Diese Erwartungen können nicht über Nacht erfüllt werden. Die Region ist weit von dem entfernt, was sie sein soll und sein will.

Berlin, 1995 als größte Stadt Deutschlands im ärmsten und am dünnsten besiedelten Raum Deutschlands gelegen, ist wirtschaftlich zu schmalbrüstig, demographisch ohne Zuwanderung schwindsüchtig, kulturell nicht so prall und voll, wie es den Ansprüchen einer großen Hauptstadt entspräche.

2. Allerdings kann man Berlin die Lücke zwischen Ansprüchen oder Erwartungen und der Realität 1995 nicht zum Vorwurf machen. Nach drei Jahrzehnten der Abgeschnittenheit durch die Mauer und der sozialistischen Lähmung von Kreativität und persönlicher Leistung kann niemand einen Raketenstart in eine neue Zukunft erwarten. Die Fragen müssen heute lauten: Wurden die richtigen Zukunftsentwürfe formuliert? Wurden die richtigen Weichen gestellt, Emotionen geweckt oder Politiken gestartet? Wurden die bisherigen Aufgaben voll erfüllt? Wurden ausreichende Energien mobilisiert?

3. Die Bevölkerung der Region wird ohne Zuwanderung von außen bis 2010 mindestens um 200 000 Menschen schrumpfen. Dennoch verweigert sie sich der Frage, wie in der Region auf die besonders starke natürliche Schrumpfung der Bevölkerung reagiert werden sollte. Es gilt, einen latenten Rassismus zu überwinden, der von der Vorstellung ausgeht, durch Zuwanderung aus dem Ausland eine dauerhafte Unterschicht zu vergrößern, die für einfache Arbeiten zuständig ist und von demokratischen Rechten weitgehend ausgeschlossen bleibt. Eine Internationalisierung der Bevölkerung wird wahrscheinlich wegen der geographischen Nähe für lange Zeit mit Vorrang einen Austausch mit Osteuropa bringen. Ein Klima der Offenheit und der ethnischen Vielfalt kann gleichzeitig die Verbreitung der wirtschaftlichen Basis fördern.

Das setzt neben einer aktiven Wirtschaftsförderung die bewußte Bereitschaft und Offenheit gegenüber einer Internationalisierung der Bevölkerung voraus. Ob dies gelingt, ist auch eine Imagefrage. Die Erfolge der Randstadt Holland sind nicht nur lagebedingt.

Sie hängen auch damit zusammen, daß hier eine Tradition der Offenheit und der Zugänglichkeit gegenüber zuwandernden Personen und Unternehmen besteht. Berlin als Stadt hinter der Mauer und integriert in das östliche Wirtschaftssystem hat gerade hier nachhaltige Defizite aufzuarbeiten. Internationalisierung, Öffnung und Zugänglichkeit sind nicht nur ein politisches Programm, sondern auch Ergebnisse eines entsprechenden Images und einer Bereitschaft der Bevölkerung und Verwaltung, dies voll zu akzeptieren. Aus seiner Tradition heraus ist Berlin auf solche Veränderungen vorbereitet. Als ein wichtiges Medium können die Berliner Hochschulen gelten. Sie sollten die Quoten ihrer ausländischen Studenten erhöhen.

4. In allen Fällen braucht die Region eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung, getragen von leistungsfähigen Organisationen. Die optimale Lösung wurde hier noch nicht gefunden. Jede Förderung kann sich dabei auf mehrere Standortvorteile stützen: - Mehr Platz und räumliche Expansion als in irgendeiner anderen Stadtregion Deutschlands, - preiswertes Bauland und mittelfristig preiswertes Wohnen, insbesondere in Einfamilienhäusern des Umlandes, - ein hohes Angebot junger qualifizierter Berufstätiger, - ausbaufähige Forschungseinrichtungen, die weit mehr als bisher zu Kooperationspartnern der Wirtschaft werden können.

Berlin ist eine Stadt mit neuen, alten Chancen. Allein schon deshalb, weil durch den Fall der Mauer die Weite der Beziehungen zu Ostdeutschland und zu dem östlichen Teil Europas wieder hergestellt wurde. Berlin ist damit in eine alte räumliche Beziehung wieder zurückgekehrt. Dabei darf nicht vergessen werden: Osteuropa war früher mehr ein Reservoir der Zuwanderung und der Talente. Die Wirtschaftsbeziehungen waren in der Masse westorientiert. Das kann sich auf Dauer aus zwei Gründen ändern. 1. Rußland ist heute ein Land der Spitzentechnologien und hat seit den 30er Jahren einen gewaltigen technologischen Aufholprozeß hinter sich gebracht. Der Umbau der ehemals zentral verwalteten Wirtschaft wird nach einer längeren Latenzphase mit hoher Wahrscheinlichkeit eine kräftigen Wachstumsprozeß auslösen, durch den sich riesige Investitionsmöglichkeiten herausbilden. Die geographische Nähe bildet, wie man am Beispiel Südkaliforniens und Mexikos sieht, nach wie vor einen besonderen Standortfaktor.

In den Beziehungen zum Westen kann man nicht auf eine Wiederherstellung der alten Strukturen hoffen. Siemens und die Versicherungen verlagern ihre Konzernzentralen nicht zurück. Berlin muß aus dem Zuwachs und der Expansion neuer Sektoren einen möglichst hohen Anteil gewinnen. Dabei wird der Standortfaktor Hauptstadt spezifische Wirtschafts-

zweige, wie etwa den Mediensektor, die Raumfahrt bzw. alle Unternehmensfunktionen von großen Konzernen, befruchten können, die eine Nähe zu den Ministerien und Verbänden suchen.

Dabei haben die letzten Jahre gezeigt, daß neuer Subventionimperialismus, durch den Abschreibungsinvestoren aus dem Westen angezogen werden, nicht ausreicht. Jede regionale Entwicklung braucht eine lokale, emotionale Basis, braucht lokal verwurzelte Unternehmen. In Zukunft kommt es darauf an, mehr als bisher Personen zu stützen, die hier in der Region verankert sind, lokale *Spin-Offs* hervorbringen können und Teil der lokalen Kultur und Gesellschaft werden.

5. Die wohl größten Veränderungen kamen in den letzten fünf Jahren im Städtebau zustande. In Berlin wurden mehr innerstädtische Großprojekte - vom Potsdamer Platz über den Lehrter Bahnhof, die Friedrichstraße bis hin zum Alexanderplatz - gestartet als in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Dortmund und München zusammen genommen. Mit der Öffnung des Umlandes haben sich riesige Expansionsmöglichkeiten für das Gewerbe ergeben. Über 70 000 Wohnungen sind im Umland im Bau oder befinden sich in einem konkreten Planungsstadium. Man kann über die Qualität vieler dieser Projekte streiten. Das Tempo der Veränderungen überfordert die Öffentlichkeit. Viele Vorhaben werden von großen, von außen kommenden Spezialorganisationen wie Transplantate einfach eingepflanzt, ohne Bindung an die Stadt. Vieles wird deshalb erst allmählich zusammenwachsen können. Ab 1997, wenn die erste Welle der Fertigstellung ausläuft, wird und muß ganz unvermeidbar eine Phase des kritischen Aufarbeitens und der Anpassung beginnen.

Historischer Stadtgrundriß und historische Bauten zusammen mit den riesigen Ergänzungsbauten werden einen neuen Typus Metropole hervorbringen, der sich unterscheidet von Rom, Paris und London mit ihren fast völlig erhaltenen Innenbereichen. Er wird sich auch unterscheiden von den rundum modernisierten amerikanischen und asiatischen Metropolen, die alle auf der Suche nach einem unverwechselbaren Gesicht sind. Berlin wird in seinem Innenbereich eine einmalige Mischung bieten und kein *Downtown* enthalten, das sich von Seoul oder Houston unterscheidet. Darin liegt eine große Attraktivität.

Vieles hängt davon ab, wie sich Berlin selbst darstellt. Berlin war 1990 eine zerrissene, in seiner Mitte durch riesige Brachflächen mit Niemandlandscharakter gekennzeichnete Stadt. Berlin wurde im anschließenden Bauboom für vier bis fünf Jahre zum Mekka der internationalen Stararchitekten. Gleichzeitig brach die Industrie in großen Teilen zusammen. Die bauliche Neugestaltung ist inzwischen weit

fortgeschritten. Sie entsprach auch einer Explosion der Erwartungen, die jetzt nicht schnell genug eingelöst werden können. Berlin als Symbol der Zerrissenheit durch den Kalten Krieg muß in seinen Grenzen jetzt zum Symbol des Zusammenwachsens von Ost und West werden. Diese Aufgabe ist noch nicht bewältigt.

6. Durch den Umzug der Regierung erhält die größte Stadt Deutschlands, die in ihrer Architektur und ihrem Erscheinungsbild Größe und Bedeutung vermittelt, ein dazu gehörendes politisches Gewicht. Allein deshalb wird Berlin mehr Aufmerksamkeit erfahren. Wer nach Berlin geht und in Berlin als Unternehmer oder Künstler aktiv wird, kann sich einer größeren Aufmerksamkeit sicher sein. Alles, was in Berlin passiert, erhält einen eingebauten Verstärker. In diesem Sinne wird Berlin mehr Hauptstadt sein als Bonn und auch mehr Stadt als München oder Hamburg. Berlin wird einen direkten Bezug zu Wien, Warschau, Moskau oder Madrid haben.

In der Konkurrenz mit anderen Städten in Deutschland oder in Europa kann dies einen nachhaltigen Schub bei der Verbesserung der Standortbedingungen geben, weil natürliche Nähe zu Regierung und Verbänden für alle kontaktintensiven Unternehmen, die in halböffentlichen Bereichen agieren, einen Standortvorteil bedeutet. Dieser Vorteil muß zusammen mit den riesigen Ausbildungseinrichtungen und den günstigen räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten gesehen werden.

7. Es liegt auf der Hand: Die kulturelle Explosion der 20er Jahre kann nicht als Gegenstand von Politik imitiert werden. Die 90er Jahre sind einfach anders. Es fehlt das jüdische Element der Bevölkerung. Berlin ist nicht mehr Schmelztiegel der 20er. Das Berlin der 90er ist auch nicht mehr Inkarnation der Avantgarde. Das hat auch damit zu tun, daß zu viele Menschen sich seit 1990 in einem ständigen Bewältigungswettlauf befinden - Bewältigung eines neuen wirtschaftlichen Daseins, Bewältigung eines verschärften Wettbewerbs oder in der Politik Bewältigung der schiereren Menge der täglich anstehenden Aufgaben. Eine strukturelle Überforderung ist leider keine günstige Basis für Innovationen. Zu vielen Menschen wurden die Tagesordnung und die Aufgabenstellung durch die Umwälzung diktiert. Es blieb wenig Zeit und Energie für die subtilen und komplexen Aufgaben. Gleichzeitig war die personelle Basis in Berlin zu schmal. Die DDR-Elite wurde ganz unvermeidbar entmachtet und schmolzt wundenleidend im Dunstkreis der PDS. Rund 20 Prozent der Ostdeutschen leben in einer Art innerer Emigration auf Distanz zur neuen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft. Jahre des *Brain -Drains* haben in Westberlin in der

Wirtschaft, Verwaltung und Politik die personelle Basis geschrumpft. All das kann nicht über Nacht kompensiert werden. Im Osten sind Unternehmerleistungen ohnehin knapp.

Dieses objektive Dilemma kann nur überwunden werden, wenn Berlin wirtschaftlich, kulturell und politisch wieder ein wirklicher Schmelztiegel sein will und sein wird. Eine neue kulturelle und wirtschaftliche Expansion braucht Menschen, die nach Berlin kommen oder nicht abwandern, weil hier mehr Anregung, mehr Vielfalt, mehr Spannung und mehr Chancen geboten werden als in Düsseldorf, München oder Hamburg. Ein Klima der Kreativität braucht direkten Austausch, persönliche Beziehungen zu den anderen europäischen Metropolen. Das beste dafür ist eine Internationalisierung der Hochschulen. Das setzt voraus, daß die Politik eine solche Öffnung will und die Bevölkerung davon überzeugt ist, daß Berlin als Ort einer neuen Ost-West-Symbiose, die nicht als abstrakte Drehscheibenrolle begriffen wird, weit spannender, erlebnisreicher und zuletzt auch wirtschaftlich erfolgreicher sein wird als ein Berlin, das sich anschickt, das Gegebene solide zu verwalten und zu mehren. Berlin als Stadt muß Risiken eingehen und Experimente wagen. Berlin muß sich selbst in einer dramatischen Veränderung sehen. Dabei sollte die Erfahrung am Anfang stehen, daß die schwindsüchtige, eigene demographische Basis und die daraus resultierende Überalterung der Stadt das größte Hindernis auf dem Weg zu einer europäischen Metropole sein werden.

Janusz Reiter

Was erwartet der östliche Nachbar von Berlin?

Mit der Vereinigung Deutschlands ist die Volksrepublik Polen näher an die Europäische Union und an die NATO gerückt. Allerdings ist bis heute die Frage noch nicht beantwortet, wann Polen der EU beitreten kann. Ich hoffe, Berlin hat ein Interesse, auch ein Eigeninteresse daran, daß diese Frage nicht allzu lange offen gehalten wird. Wenn es richtig ist, daß die Bundesrepublik kein Interesse haben kann, das östlichste Land der EU zu bleiben, dann gilt das auch, glaube ich, für Berlin und für die Region erst recht ... Ich glaube, daß man aus der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen, aber auch aus der Geschichte Deutschlands und Europas, keinen vernünftigeren Schluß ziehen kann als den, daß Polen und Deutschland immer in denselben Gemeinschaften, ... in denselben Strukturen verankert sein müssen ... Aber in Berlin ist das noch etwas mehr als nur ein Gebot der politischen Klugheit, es ist wohl fast ein Zwang zum Handeln. Denn hier ist die Nachbarschaft Polens nicht nur eine Frage der Außenpolitik, sondern eine Frage der Innenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik. So wie übrigens auch auf der polnischen Seite der Grenze ... In keiner deutschen Großstadt, in keiner Region Deutschlands sind die Vorteile der Öffnung, aber auch die damit verbundenen Widersprüche deutlicher zu erkennen als in Berlin und der Region ...

Die Öffnung hat auch Widersprüche geschaffen. An den Grenzübergängen spitzen sie sich zu ... Sie resultieren auch aus dem Wohlstandsgefälle, das soziale Spannungen produziert ...

Ein Drittel des polnischen Außenhandels entfällt auf die Bundesrepublik, und das Wachstumspotential ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Der Handelsumsatz mit Berlin betrug im vergangenen Jahr etwa eine Milliarde DM. Die deutsche Hauptstadt hat damit einen sechsprozentigen Anteil am polnischen Außenhandel und umgekehrt wickelte Berlin mit Polen etwa vier Prozent seiner Außenhandelsgeschäfte ab ... Die wirtschaftliche Verflechtung hat erst richtig begonnen, und es liegt im polnischen Interesse, die Verflechtung auszubauen. Der Handelsaustausch ist dabei nur eine, vielleicht die einfachste Form. Investitionen, Kapitalbeteiligungen sind eine andere Form, eine im Grunde für die Zukunft genommen noch wichtigere Form ...

Berlin kann und wird einen spürbaren Beitrag zum Abbau des Wohlstandsgefälles leisten und damit auch zum Zusammenwachsen Europas. Berlin und die Region werden sich auch im eigenen Interesse

... für eine Liberalisierung, für eine Öffnung der Märkte der EU einsetzen. Die Öffnung muß ein faires Geschäft sein. D. h., sie kann nicht nur die Teile einschließen, die einem bequem sind. Sie muß auch die Teile einschließen, die Probleme schaffen ...

Es gibt viele deutsche Unternehmen, auch aus der Region, in deren vitalem Interesse es liegt, daß sie mit ihren polnischen Partnern die Zusammenarbeit ausbauen können. Und dabei eben auch die Vorteile ausspielen können, die ihnen die Nachbarschaft des - auch noch auf längere Sicht - Niedriglohlandes Polen bietet ...

Die Art und Weise wie Wirtschaftspolitik in Deutschland, insbesondere in Berlin und in dieser Region gestaltet wird, bleibt nicht ohne Einfluß auf die Nachbarländer. Deutschland ist in einer Situation, in der es damit rechnen muß, daß auch seine innenpolitischen Entscheidungen einen Einfluß haben, der über die Grenzen Deutschlands hinausgeht. Hier war der Asylkompromiß ein besonders drastisches Beispiel. Da ist es zu einem fairen Ausgleich mit Polen gekommen ...

Polen hat ein Interesse daran, auch seine Ostgrenzen nicht dicht zu machen, sondern seine Ostgrenze möglichst offen zu lassen. Wir suchen die Integration mit den westlichen Nachbarn, aber nicht, um den östlichen Nachbarn den Rücken zu kehren. Es gibt auch hier gewisse Widersprüche. Die Perspektive des Beitritts zur Europäischen Union bedeutet, daß die deutsch-polnische Grenze eines Tages eine Binnengrenze der EU wird. Aber das bedeutet, daß die Kontrollen, die heute an der polnischen Westgrenze stattfinden, an der polnischen Ostgrenze stattfinden werden. Und es wird schwer sein, das mit einer liberalen Einreisepolitik in Einklang zu bringen ...

Berlin hat eine große Anziehungskraft als Kulturstadt ... Der Rang der Kulturmetropole ist eine Frage des Selbstverständnisses der Stadt und das heißt auch seiner Bürger, und dazu gehört eben die Fähigkeit, mit Fremden umzugehen in einer solchen Art und Weise, daß sie ihre Fremdheit hier vergessen können. Ich weiß, daß die Stadt nach der langen Trennung mit sich selbst viel zu tun hat, ... aber das ist wohl kein Argument gegen die kulturelle Öffnung der Stadt. Übrigens, die Bilanz der kulturellen Beziehungen Berlins mit Polen in den letzten Jahren ist sehr stolz, ... aber ich wäre unehrlich, wenn ich sagte, daß ich damit zufrieden sein kann ... Ich würde mir wünschen, daß die polnischen Spuren in der Geschichte Berlins etwas besser in Erinnerung gerufen werden, ... um den Menschen klar zu machen, daß diese Stadt damit fertig geworden ist, verschiedene Nationalitäten aufzunehmen und daß das sie

bereichert hat ... Es gibt 30.000 Polen als polnische Staatsbürger in dieser Stadt. Wie viele es noch gibt, die beide Staatsbürgerschaften haben, das kann eigentlich niemand sagen ... Diese Gruppe pflegt ihre polnische Identität eigentlich fast oder vorwiegend im privaten Raum. Im öffentlichen Raum gibt es dafür wenig, sehr wenig Platz. Das macht mir Sorge. Und ich kann nicht verstehen, warum es eigentlich kein polnisches Gymnasium in Berlin geben könnte, so wie es ein französisches und jüdisches gibt. Das wäre keine schlechte Investition in die Zukunft Berlins ...

Bei der Frage der Zuwanderer geht es darum, inwieweit Menschen anderer Nationalität in Berlin leben können, ohne ihre Identität aufgeben zu müssen. Es gibt praktisch nur einen Weg nach Berlin. Es ist der Weg über die deutsche Staatsangehörigkeit ... Das kann nicht der einzige Weg sein. Warum könnte das nicht leichter gemacht werden? Ich verstehe auch, daß dabei die Integrationsfähigkeit einer Stadt nicht überfordert werden kann ... Und trotzdem glaube ich, könnte man sich mehr Öffnung leisten ...

Nun abschließend; ich kann mir zwei Varianten der polnisch-deutschen Nachbarschaft vorstellen. Die eine Variante, ganz grob formuliert, ist die, Polen wird eine Art Hinterland von Deutschland. Das bedeutet, Deutschland wird wahrscheinlich eine Anziehungskraft haben auf Menschen, die über die deutsche Staatsangehörigkeit oder ihre Volkszugehörigkeit die Chance erhalten werden, nach Deutschland zu kommen, um hier sofort als Deutsche zu leben... Und die anderen werden auf illegalem Weg nach Berlin kommen, als Schwarzarbeiter, verachtet, verunsichert. Das würde soziale Spannungen nach sich ziehen, und soziale Spannungen bedeuten hier nationale Spannungen ... Die zweite Variante ist keine einfache, aber sie führt nach einer längeren Übergangszeit zu einer Überwindung der Grenze. In der Übergangszeit muß man versuchen, die Standortvorteile beider Seiten zu nutzen ...

Deutschland hat nach der Wiedervereinigung seine zweite Chance bekommen, und Berlin hat wieder seine Chance bekommen. Und die Chance Berlins ist auch eine Chance für seine Nachbarn. Ich hoffe, daß wir beide diese Chance nutzen können.

(Es gilt das gesprochene Wort. Der vollständige Text liegt bei der Geschäftsstelle des Stadtforums vor und kann telefonisch angefordert werden.)

Manfred Sinz**Europäische Einflüsse auf die Position Berlins**

1. Renaissance der Geopolitik oder "Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen"

Insgesamt spricht man von einer Renaissance der Geopolitik. Jenseits aller Diskussion darüber, ob das noch zeitgemäß ist, wirkt dies und es wirkt in räumlichen Bildern, in Karten oder Illustrationen. Und diejenigen Menschen, die darüber entscheiden, wo was geschieht, die im wesentlichen die Finanzströme bewegen, haben solche Bilder, ob die nun stimmen oder nicht, im Kopf und orientieren sich an ihnen. Wir müssen also damit umzugehen lernen, daß in den Köpfen der Menschen Raumbilder, die auch mit geopolitischen Positionierungen zu tun haben, sind ... Zu fragen ist, warum Raumbilder, Geolyrik oder Geodesign, eine so große Rolle in der Diskussion um die europäische Zukunft spielen. Einmal gelingt es offensichtlich leichter, sehr komplizierte gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Prozesse, die mit einem Integrationsprojekt verbunden sind, in räumlicher Verpackung überhaupt erst verständlich und kommunizierbar zu machen. Zum zweiten geht es um die Imagebildung. Das, was in der Geolyrik formuliert wird, erhält den Charakter einer selbsterfüllenden Prognose ...

2. Brüsseler Perspektiven oder "Das Klagemauer-syndrom"

Die Europäische Kommission hat ein umfangreiches Dokument mit dem Namen Europa 2000 plus vorgelegt, in dem Perspektiven für die Raumentwicklungspolitik Europas formuliert werden. Parallel dazu gibt es inzwischen eine informell tagende Ministerkonferenz der für Raumordnung und Regionalpolitik zuständigen Minister in Europa ... Die Brüsseler Bürokratie versucht, ein bestimmtes Politikfeld zu besetzen, nämlich das der Raumordnung, der Regionalpolitik ... Trotz verschiedenster Kategorien und Versatzstücke, die bei den Raumplanungen immer noch verwendet werden, beginnt man eine Sichtweise zumindest von dem Teil Europas, der in der EU zusammengefaßt ist, zu entwickeln, die homogener wird. Ein relativ hochentwickeltes Planungs- und Interventionsmodell für die europäische Regionalpolitik entsteht, ... aus einer technokratischen Perspektive heraus eine hervorragende Angelegenheit. Es wird nicht mehr diskutiert, was in ganz bestimmten Regionen passiert. Ich behaupte, die massive Intervention der EU, das Entgegennehmen dieser regionalpolitischen Offerten führt in einer Region wie Berlin zur Verstärkung der Kultur der Abhängigkeit. Die Kultur der Abhängigkeit, die Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg sozusagen aufgezwungen worden war, wird in einer ganz bestimmten Weise durch diese Offerten verstärkt. Man kann in dem

Zusammenhang durchaus von Subsidiaritätsscheu-
lei reden ... Es wird auf der Ebene der Subsidiarität eigentlich nur noch geheuchelt, wenn es dafür etwas gibt. Auf der anderen Seite, wenn es um das Projektdefinieren geht, bestimmen die Rahmenbedingungen der jeweiligen Subvention das Projekt und nicht umgekehrt.

3. Vom Rand in die Mitte und immer noch an der Grenze

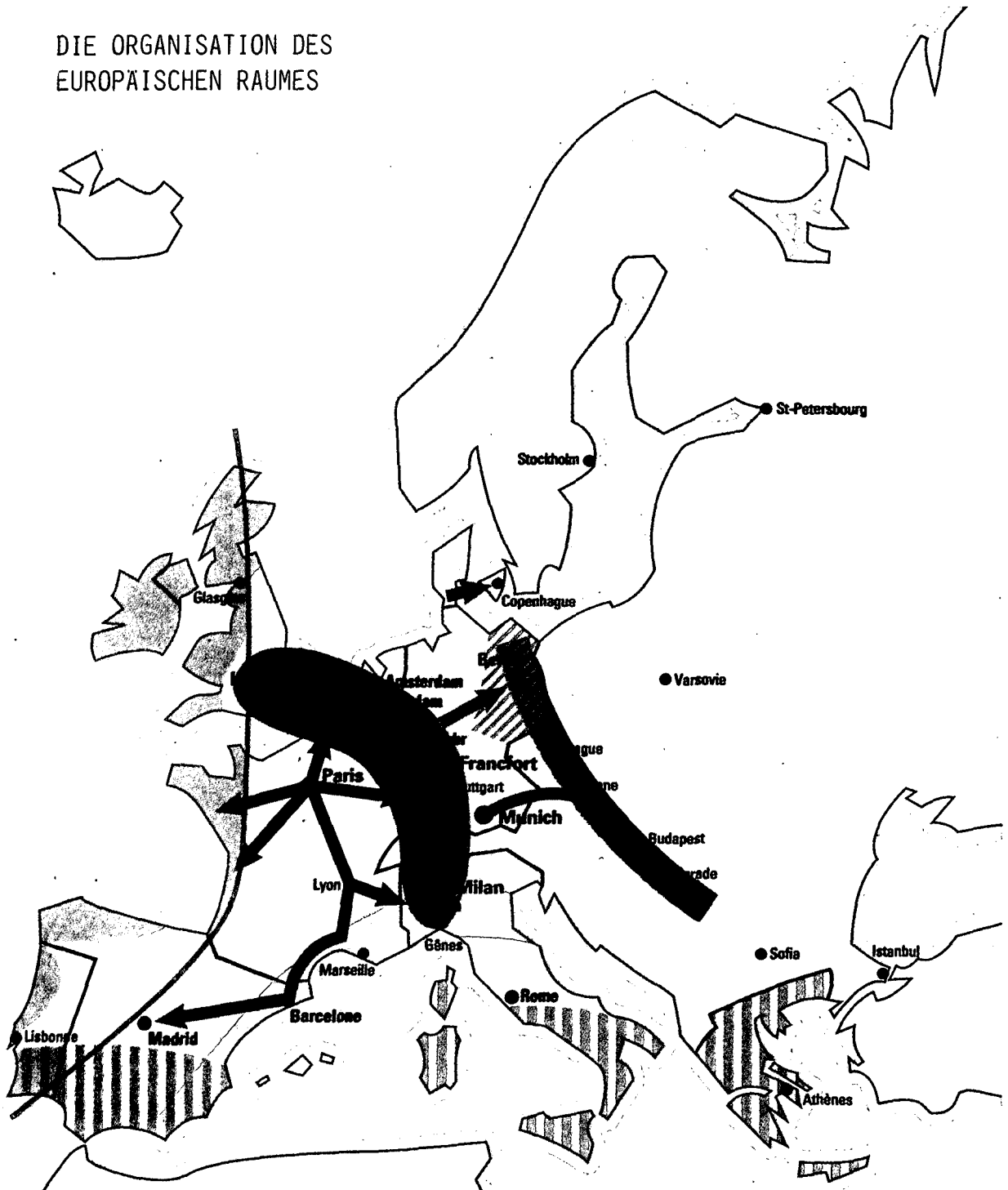
Unter Erreichbarkeitsgesichtspunkten und aus der Perspektive der Geschäftsleute liegen Bonn und Berlin in der Mitte von Europa, die Differenzen bei den Erreichbarkeitsverhältnissen zwischen beiden Regionen sind nicht so groß ... Anders aus der Perspektive des Straßenverkehrs. Berlin hat da im Osten Erreichbarkeitsvorteile, im Westen Nachteile. Entscheidend ist, daß die Erreichbarkeitsdifferenz im Westen sozusagen viel heftiger ausfällt als im Osten ...

4. Raumplanung in Berlin-Brandenburg oder "Die Speckgürteldiät als kalorienfreie Ideologie ohne Vorbild?"

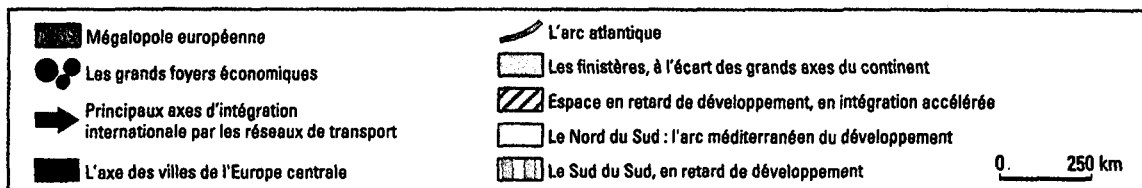
Ein Vergleich mit der Pariser Region zeigt einmal, daß hier ebenfalls ein Konzept der dezentralen Konzentration verfolgt wird, allerdings in einem etwas größeren Maßstab als in der Region Berlin-Brandenburg ... Zweitens veranschaulicht dieses Beispiel, daß es eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, wie man das Interesse der Ile de France, des Kerns, an der Erhaltung von Freiflächen im Umland durch Verträge, durch Kofinanzierung, durch Kauf, durch Gründung von entsprechenden Gesellschaften, selbst durch Steuererhöhung organisieren kann ... Die Beziehung zwischen Stadt und Umland braucht man nicht nur als Speckgürteldiskussion zu führen, sondern auch als eine Diskussion über gerechten Interessenausgleich zwischen Stadt und Umland.

(Der vollständige Text liegt bei der Geschäftsstelle des Stadtforums vor und kann telefonisch angefordert werden.)

DIE ORGANISATION DES
EUROPÄISCHEN RAUMES

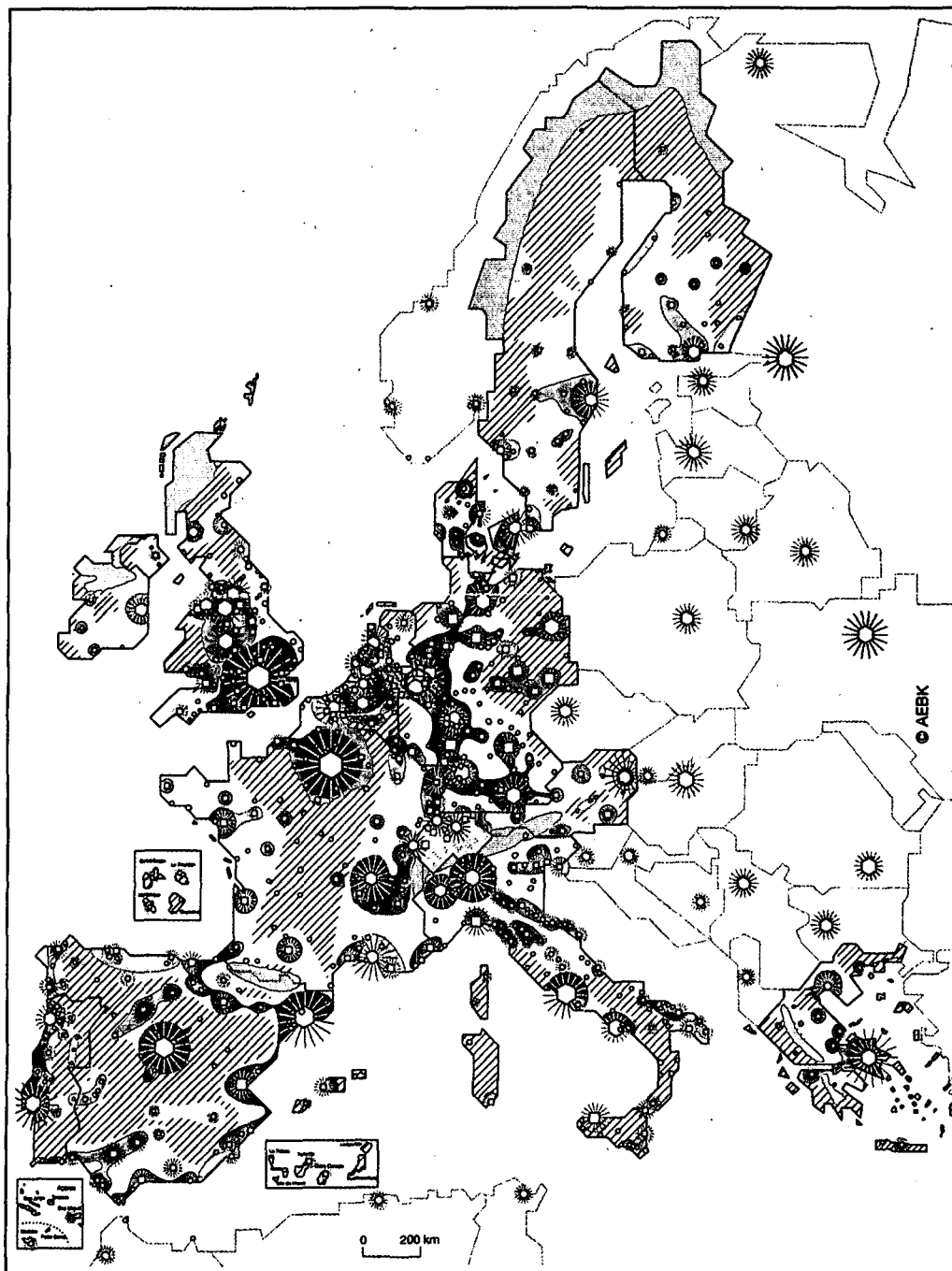


5. L'ORGANISATION DE L'ESPACE EUROPÉEN



aus: GEOGRAPHIE, La France et l'Union Européenne. = frz. Geographie-Lehrbuch, Sek.Stufe, Paris, Editions Belin, 1994

Trendszenario C1 · Städtesystem

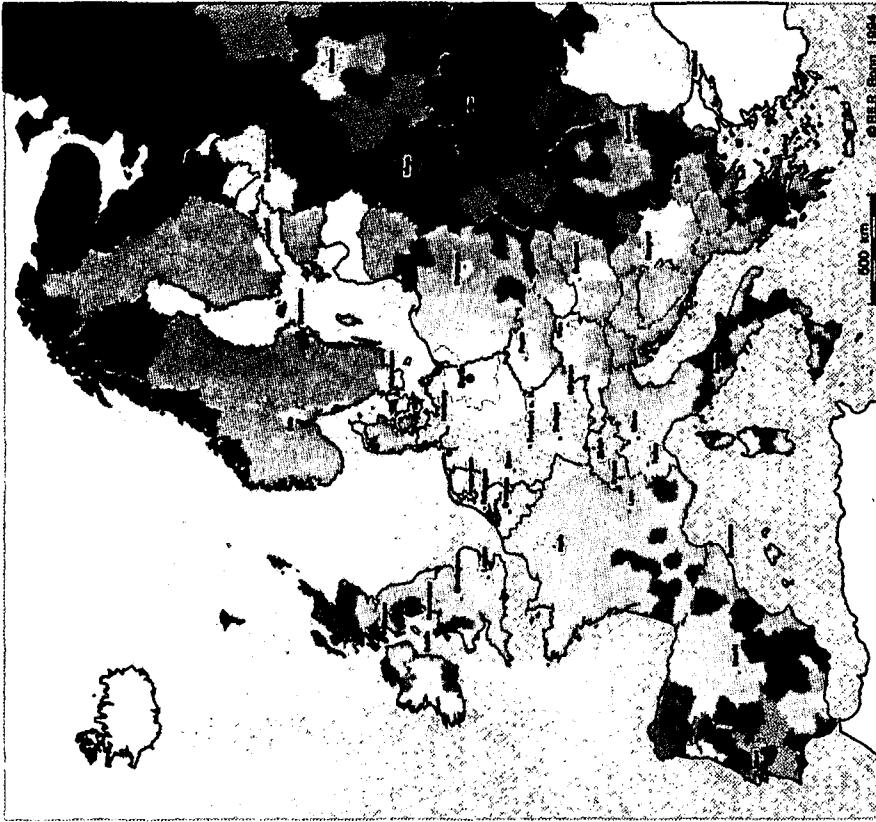


Größe und Einstufung der Agglomeration Größe in 1.000 Einwohner	<p>> 10000 > 5000 2000 1000</p> <p>1000 bis 2000 500 bis 1000 200 bis 500</p> <p>100 bis 200 50 bis 100 bis 50</p>	Räumlicher Entwicklungstrend	
Größe Metropolen von internationaler Bedeutung		Zunahme der städtischen Funktionen	
Metropolen oder Großstädte von nationaler Bedeutung		sehr stark	
Städte von regionaler Bedeutung		stark	
		von geringer Stärke	
		unbestimmt	
Siedlungsstrukturelle Ausrichtung		Stabilität der städtischen Funktionen	
monozentrisch		Unzureichende oder gefährdete städtische Funktionen	
polyzentrisch		Keine städtischen Funktionen	

Kombinierte Verkehrsmittelbenutzung

Legende Berlins in Europa

Karte:



Reisezeit von jeder Region nach Berlin (NUTS-3-Region innerhalb der EU, NUTS-2-Region außerhalb der EU)

- ☐ bis unter 2 h
- ▤ 2 h bis unter 4 h
- ▥ 4 h bis unter 6 h
- ▦ 6 h bis unter 8 h
- ▧ 8 h bis unter 10 h
- ▨ 10 h bis unter 12 h
- ▩ 12 h und mehr

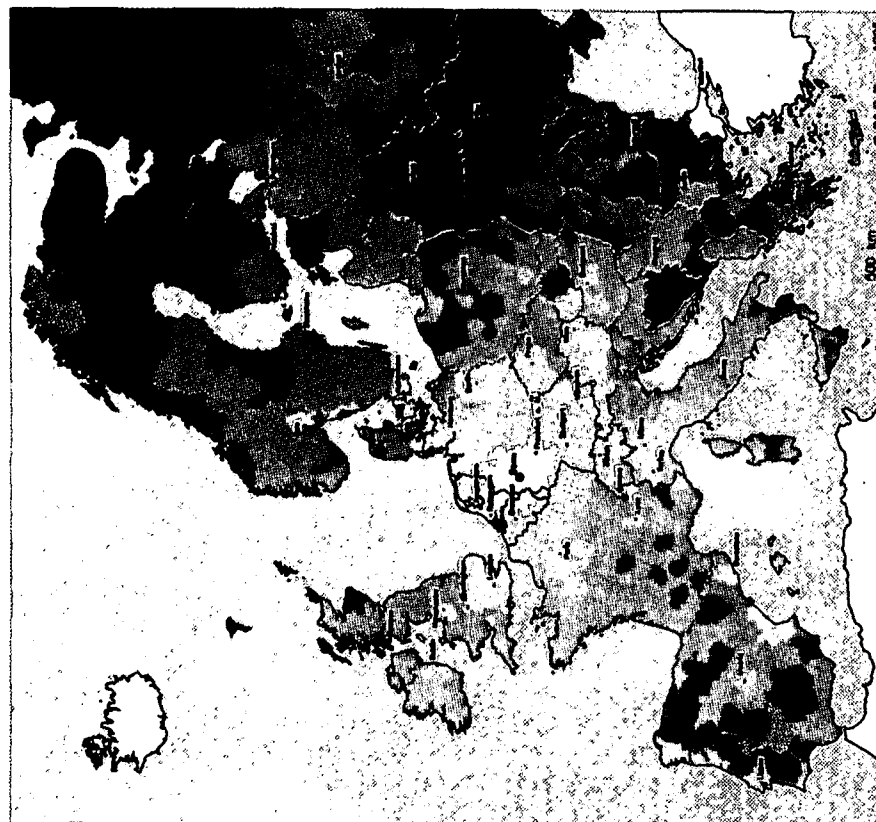
— Staatsgrenzen

Quelle: Eigene Berechnungen 1984
NUTS Ebene 2 und 3

Kombinierte Verkehrsmittelbenutzung

Legende Bonnns in Europa

Karte:



Reisezeit von jeder Region nach Bonn (NUTS-3-Region innerhalb der EU, NUTS-2-Region außerhalb der EU)

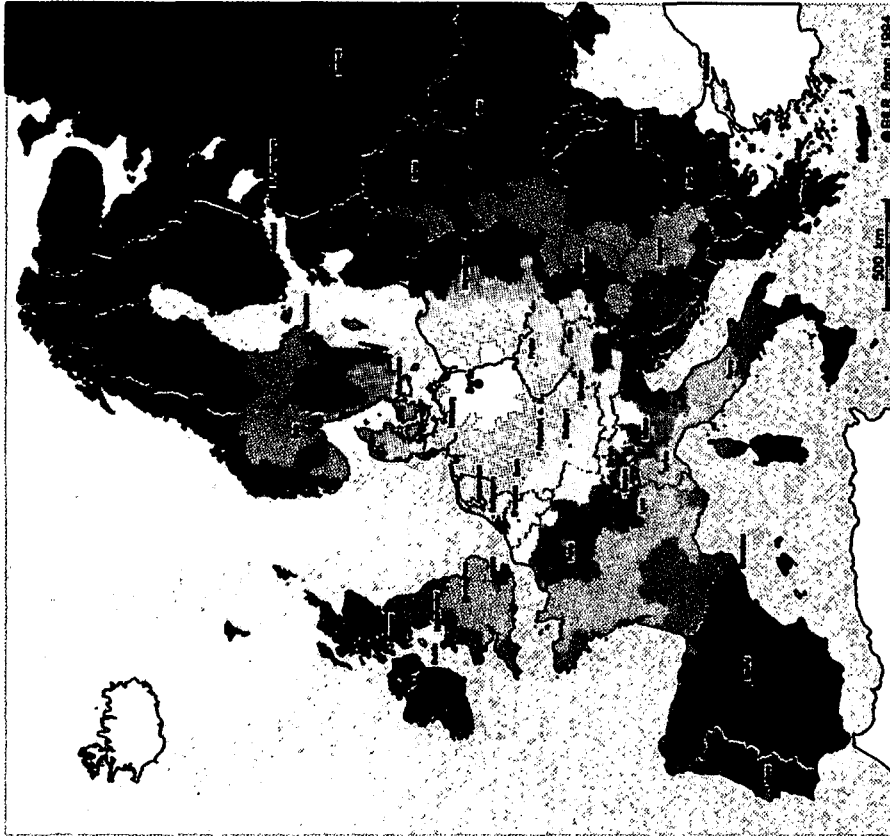
- ☐ bis unter 2 h
- ▤ 2 h bis unter 4 h
- ▥ 4 h bis unter 6 h
- ▦ 6 h bis unter 8 h
- ▧ 8 h bis unter 10 h
- ▨ 10 h bis unter 12 h
- ▩ 12 h und mehr

— Staatsgrenzen

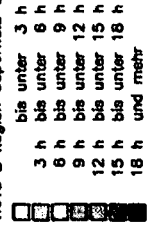
Quelle: Eigene Berechnungen 1984
NUTS Ebene 2 und 3

Straßenbenutzung

Karte: Lage Berlins in Europa



Reisezeit von jeder Region nach Berlin (NUTS-3-Region innerhalb der EU, NUTS-2-Region außerhalb der EU)

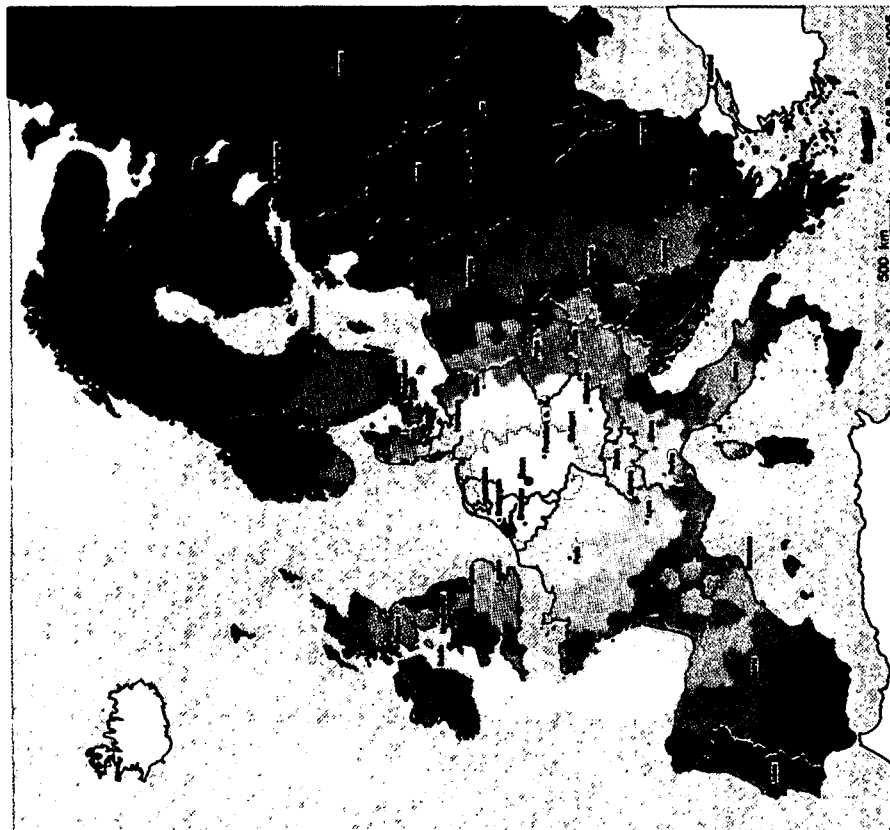


— Staatsgrenzen

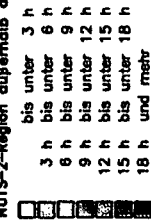
Quelle: Eigene Berechnungen 1994
NUTS Ebene 2 und 3

Straßenbenutzung

Karte: Lage Bonns in Europa



Reisezeit von jeder Region nach Bonn (NUTS-3-Region innerhalb der EU, NUTS-2-Region außerhalb der EU)



— Staatsgrenzen

Quelle: Eigene Berechnungen 1994
NUTS Ebene 2 und 3

Hartmut Schröder
Perspektiven von Kultur und Wissenschaft für die
polnisch-deutsche Nachbarschaft - Das Beispiel
der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Im Sommer 1991 wurde in Frankfurt (Oder) die Europa-Universität Viadrina gegründet, die im Herbst 1992 ihren Lehrbetrieb aufgenommen und heute bereits mehr als 2 000 Studierende in drei Fakultäten immatrikuliert hat ...

Die Frankfurter Universität versteht sich in zweierlei Hinsicht als ausgesprochen innovative Institution und von überregionaler Bedeutung. Erstens läßt sich das Selbstverständnis der Viadrina aufgrund der geopolitischen Lage sowie durch die spezifische Aufgabenzuweisung seitens der brandenburgischen Landesregierung als Brückenuniversität zum Ausdruck bringen. D. h., daß die Viadrina durch ihre internationale Ausrichtung eine Brücke zwischen Ost- und Westeuropa darstellt, und es insbesondere jungen Polinnen und Polen ermöglicht, ein auf Europa ausgerichtetes Studium an einer deutschen Universität zu absolvieren. Über 30 Prozent der Studierenden sind aus der Republik Polen und erhalten für die Dauer ihres Studiums ein Stipendium von deutscher Seite. Zweitens versteht sich die Viadrina aufgrund ihrer inhaltlichen Konzeption in Forschung und Lehre aber auch in einer anderen Hinsicht als Brückenuniversität, indem sie nämlich die Grenzen zwischen den Fakultäten und Disziplinen durchlässig zu machen versucht ...

Ein wichtiges Kernstück der Europa-Universität ist das Collegium Polonicum, das gerade auf der anderen Seite der Oder in Slubice, der früheren Vorstadt von Frankfurt entsteht. Diese wichtige Einrichtung hat ihre Tätigkeit zwar schon aufgenommen, verfügt aber noch nicht über ein eigenes Hauptgebäude und hat aufgrund eines fehlenden Staatsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Polen noch einen nicht zufriedenstellend geklärten Status ... Von seinem Grundverständnis her ist das Collegium Polonicum eine gemeinsame wissenschaftliche Einrichtung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan sowie der Europa-Universität Viadrina und soll der deutsch-polnischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie dem Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Staaten Ostmitteleuropas dienen. Das Collegium nimmt Aufgaben in den Bereichen Forschung, Lehre sowie Fort- und Weiterbildung wahr ... Im Mittelpunkt aller Programme und Projekte des Collegiums stehen die Begegnung von Kultur und Wissenschaft sowie die Reflexion über künftige Formen europäischer Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Länder Ostmitteleuropas.

Zu den Zielgruppen des Collegiums gehören nicht nur Studierende, Graduierte, Lehrende und Forscher der beteiligten Universitäten, sondern die Türen des Collegiums stehen ausdrücklich auch externen deutschen und polnischen sowie anderen ausländischen Interessierten offen, die aufgrund von thematischer Affinität Frankfurt und Slubice als einen besonders attraktiven Standort für ihre Vorhaben ansehen ...

Folgende Arbeitsteilung hat sich herausgebildet: Die Republik Polen stellt dem Collegium die erforderlichen Gebäude und die Mittel für die Sachausstattung zur Verfügung; sie trägt außerdem die laufenden Unterhalts- und Instandhaltungskosten und die Kosten für das nichtwissenschaftliche Personal, mit Ausnahme des Verwaltungsdirektors und des Verwaltungspersonals sowie des Bibliotheksdirektors und des Bibliothekspersonals. Das Land Brandenburg übernimmt die laufenden Kosten für die Vergütung des wissenschaftlichen Personals, des Verwaltungspersonals und des Bibliothekspersonals. Der bereits ernannte wissenschaftliche Leiter des Collegiums ist polnischer Staatsbürger, zugleich aber Lehrstuhlinhaber an der Viadrina ...

Das, was für die Europa-Universität getan wird, ist eine gewaltige und effektive Investition in die Zukunft der Metropolenregion sowie ein wichtiger Baustein im Rahmen der Transformationsprozesse in Osteuropa überhaupt. Die Metropolenregion Berlin-Brandenburg muß sich eine solche Einrichtung leisten, wenn sie wieder das Herz Europas werden möchte.

Wolf-Dieter Heilmeyer**Berlin - Eckpfeiler oder Schaufenster der klassischen Kultur?**

Die europäische Idee ist eindeutig von Westen, von Frankreich ausgegangen ... Nun ist für die geographische Situation Berlins natürlich die Nähe Nord- und Osteuropas bestimmend; also fordert man eine "Ostkompetenz Berlins", was auch immer darunter zu verstehen ist. Jedenfalls führte der Weg von Norden oder Osten in alten Zeiten gerne über Berlin nach West- und Südeuropa. Das Bild Berlins könnte den Blick dieser Reisenden auf Europa auch in Zukunft wieder bestimmen, ich komme darauf zurück. Hier aber ist zuerst zu fragen: Gibt es denn eine Europakompetenz Berlins?

Tatsächlich ist auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft traditionellerweise in der Region Berlin-Brandenburg dazu eine Menge zu benennen ... Die Konzentration von Bibliotheken, Museen, Archiven, Instituten, Kliniken und die besonderen wissenschaftlichen Leistungen darin sind 1987 in einer großen Ausstellung in der Kongreßhalle unter dem Titel "Der Kongreß denkt - Wissenschaft in Berlin" zusammengefaßt worden. Auch wenn dabei deutlich wurde, daß Berlin früher mehr zu bieten hatte, bleibt die Attraktion der Region, die es jetzt über Berlin hinaus wieder aufzubauen gilt ...

"Klassik in Berlin" kommt zwar im Berlin-Handbuch, dem "Lexikon der Bundeshauptstadt" von 1992 nicht vor, ist aber seit dem Aufbau der Kunstsammlung um 1700 und der gleichzeitigen Aufnahme der dazugehörigen Forschungen ein Eckpfeiler europäischer Kultur geworden ... Klassisch ist die europäische Kultur im ganzen, soweit sie sich in unendlichen Klassizismen und Renaissancen auf die griechische und römische Klassik bezieht ...: damals wurden die Vorbilder und Normen geschaffen, auf denen die Lebensformen Europas beruhen, und zwar gleich, ob man die Normen akzeptiert oder sich bewußt von ihnen abwendet ...

Wenn wir uns in Berlin ... einer Klassik zuwenden, wenden wir uns zugleich nach Westeuropa oder dem mediterranen Süden ... Die Anwesenheit der klassischen Antike in der modernen Musik und Literatur, in der bildenden Kunst und auf dem Theater ist insofern Manifestation der spezifisch europäischen Kultur, auch in den USA im übrigen und vor allem für die erwähnten Reisenden aus Skandinavien, aus Polen und Rußland. Auseinandersetzung mit Europa ist auch bei ihnen zu Hause Antwort auf die Antike, im klassizistischen Kopenhagen wie in St. Petersburg. Berlin in der Mitte Europas hat offensichtlich eine besondere Funktion der Vermittlung bei diesen Prozessen.

Sobald man sich darüber bewußt wird, ist auch klar, daß wir saumselig würden, wenn wir es bei einem bloßen Herauspräparieren vergangener Größe beließen. Es ist gut, wenn der "Eckpfeiler" europäischer Kultur renoviert oder verstärkt wird, wichtig aber ist, ihn für den Aufbau unserer heutigen Welt zu nutzen, also für die Region Berlin-Brandenburg und ihre Außenbeziehungen nach Osten und Norden. Mir fällt dafür kein besseres Bild als das des Schaufensters ein ... Die Orte der Klassik in Berlin und Umgebung herauszustellen, heißt, ein Schaufenster für Europa zu gestalten ...

Das alte Berlin ist wie London und Paris zuletzt im späten 19. Jahrhundert grundlegend modernisiert worden. Im Gegensatz zu seinen Partnern hat es jetzt die Chance, nach Jahrzehnten der Leere im Zentrum dieses für neue Aufgaben zu gestalten ... Sollte das neue Berlin als Bundeshauptstadt nicht einen europäischen Aspekt erhalten, der auch für die Region und die östlichen und nördlichen Nachbarn attraktiv ist? Dieser europäische Aspekt kann nicht allein in der Architektur gesucht werden, die jetzt entsteht, denn sie ist international. Aber es muß doch europäische Aufgaben geben, die verortet, und europäische Zusammenhänge, die sichtbar gemacht werden müssen ... Die Bauten der Alliierten haben im ehemaligen britischen Sektor einen anderen Charakter als im französischen. Kann man da anknüpfen? Die Bezirke haben Städtepartnerschaften in aller Welt. Könnte man die europäischen betonen? ... Könnte in Berlin nicht ein neues europäisches Stadtbild entstehen? ... Wir haben kürzlich die Schwierigkeiten der Botschaften und Kulturinstitute in Berlin angesprochen, die Europa-Abteilungen der Ministerien und Senatsstellen kämen hinzu: könnte man diese nicht sinnvoll im Zentrum der Hauptstadt vereinigen, in dem Gebäude also, das über den nun langsam sichtbar werdenden Fundamenten des alten Schlosses errichtet werden muß? ... Darin wären dann Sonderausstellungsräume unterzubringen, in denen sich unsere europäischen Partner uns und den Neuankömmlingen vorstellen; und die Ausländerbehörde, in der wenigstens unsere europäischen Mitbürger als Gäste behandelt werden. Die Bildwerke des klassischen Athens gegenüber in Schinkels Altem Museum wären dazu gute Vorbilder.

(Der vollständige Text liegt bei der Geschäftsstelle des Stadtforums vor und kann telefonisch angefordert werden.)

**Programm der 50. Sitzung des Stadtforums
01./02.09.1995**

**Die Wallhöfe
Wallstraße 23/24
1. Hof rechts, 1. Stock
10179 Berlin-Mitte**

**01.09.1995 Die Metropolenregion Berlin-Brandenburg
in Europa**

14.00 Uhr Leitgedanken der Lenkungsgruppe
Ulrich Pfeiffer

Diskussion:
Die europäische Kompetenz der Region Berlin -
Brandenburg
Burkhard Dreher (Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie des Landes Brandenburg) und
Elmar Pieroth (Senator für Finanzen des Landes
Berlin) im Gespräch mit Ulrich Pfeiffer
(Lenkungsgruppe Stadtforum)

Diskussion

Kaffeepause

Referat:
Was erwartet der östliche Nachbar von Berlin?
Janusz Reiter (Botschafter der Republik Polen in der
Bundesrepublik Deutschland)

Diskussion

**02.09.1995 Die Metropolenregion Berlin-Brandenburg
in Europa**

10.00 Uhr Zwischenresümee des Moderators

Referat:
Europäische Einflüsse auf die Position Berlins
Manfred Sinz (Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung, Bonn/Berlin)

Diskussion

Kaffeepause

Referat:
Berlin - Eckpfeiler oder Schaufenster der klassischen
Kultur?
Wolf-Dieter Heilmeyer (Staatliche Museen zu Berlin,
Antikensammlung)

Referat:
Perspektiven von Kultur und Wissenschaft für die
polnisch - deutsche Nachbarschaft - Das Beispiel der
Europa-Universität Viadrina
Hartmut Schröder (Prorektor Europa-Universität
Viadrina, Frankfurt/Oder)

Diskussion

Zusammenfassung des Moderators

BERLIN *wird...*

Impressum

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umweltschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Lindenstraße 20 - 25
10958 Berlin

Verantwortlich:
Cornelia Poczka
Telefon (030) 2586 - 2657

Redaktion:
Roswitha Backhaus-Lempik
Horst D. Moritz

Produktion:
D & D
Verlags- & Ausstellungs GmbH